

SONDERFORSCHUNGSBEREICH 597
STAATLICHKEIT IM WANDEL
TRANSFORMATIONS OF THE STATE

NEUANTRAG C7
MIT FORSCHUNGSPROFILIEN OBINGER & TRAUB

**DER RÜCKZUG DES STAATES AUS
UNTERNEHMERISCHEN TÄTIGKEITEN:
PRIVATISIERUNGSPOLITIK UND
SUBVENTIONSABBAU IN DER OECD-WELT,
1980-2010**

TEILPROJEKTLEITER
HERBERT OBINGER & STEFAN TRAUB

Zum Kontext dieses Neuantrags

In dem Antrag auf Weiterführung des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ (Sfb 597) für die Jahre 2007-2010 (vom Juni 2006) wurden die Entwicklungsoptionen für den Sonderforschungsbereich ausgewiesen, die sich aus eventuell nachzureichenden Neuanträgen ergeben (s. dort unter 1.4, S. 71-74 samt Fußnoten). Diese Ausbauoptionen, insbesondere in Richtung Ökonomie, wurden bei der Begehung am 7./8. September 2006 erörtert. Sie schlugen sich im Bewilligungsschreiben vom 4.12. 2006 als Empfehlungen nieder, ökonomische Kompetenz zu verstärken (unter III.4, Sätze 3, 5), auf thematische Erweiterung zu setzen (S. 4) und speziell die „Finanzwissenschaft“ in die Staatsanalyse einzubeziehen (S. 5).

Der Fortsetzungsantrag enthielt die *Ankündigung*: „Herbert Obinger wird ... seine ... Studien über ‚Den Rückzug des Staates als Unternehmer ...‘ ... weiterführen“ (S. 72, FN 43), und zwar, so möglich, zusammen mit dem Finanzwissenschaftler Stefan Traub (S. 73, FN 47). Beide Kollegen nahmen zum WS 2006/2007 Rufe an die Universität Bremen auf W3-Professuren an (Herbert Obinger war zuvor wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bremen gewesen, mit Ruf nach Konstanz, und C1-Kopprojektleiter; Stefan Traub kam aus Kiel und hatte zugleich einen Ruf nach Trier). Als Skizze hatte dieser Antrag *„Der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten: Privatisierungspolitik und Subventionsabbau in der OECD-Welt, 1980-2010“ (C7)* den Gutachtern schon zur Begehung vorgelegen. Der Antrag ergänzt die C-Säule („Die Zukunft des ‚letzverantwortlichen‘ Interventionsstaates“), die bislang auf „Sozialstaat“, „Gesundheit“, „Bildung“ und „Rechnungswesen“ konzentriert ist, um die zentrale Dimension „Daseinsvorsorge/Infrastruktur“. Seit den 1980er Jahren ist Staatswandel hier mit Händen zu greifen.

Auf zwei ebenfalls vorher angekündigte, bei der DFG schon im Juli 2007 eingereichte Nachanträge, die die Staatsforschung an zentraler Stelle systematisch vervollständigen und abrunden, sei kraft Sachzusammenhangs hingewiesen:

- ➔ *„Der Wandel des Staats als Arbeitgeber“* – ein Pendant zum Wandel des Staats als Unternehmer – ist Gegenstand des gleichnamigen Teilprojekts mit dem Untertitel „Öffentliche Beschäftigungsregimes zwischen Effizienz und Effektivität, 1980-2010“. Dieses Projekt D6 verantwortet der neue Kollege Bernhard Kittel (Politikwissenschaft/Soziologie/Methoden, Universität Oldenburg; diese Universität wächst zunehmend mit Bremen zu einer "Nordwestuniversität" zusammen) gemeinsam mit Karin Gottschall (Arbeitssoziologie, Universität Bremen). Dieser Neuantrag konzentriert sich in der „Ressourcendimension“ (D-Säule) auf das verbleibende Staatspersonal (s. zur *Vorankündigung* den Fortsetzungsantrag 2006: S. 74, FN 51).
- ➔ *„Die Kollision von Rechtsordnungen und ihre Abgrenzung im internationalen Mehrebenensystem“* wurde als Teilprojekt A6 von der neuen Kollegin Susanne K. Schmidt (Politikwissenschaft) entwickelt. Es gehört als theoretisch angelegtes empirisches Vorhaben an zentraler Stelle in die stark rechtswissenschaftlich geprägte A-Säule (s. zu *Vorankündigung*, Fortsetzungsantrag 2006: S. 72, FN 42).

Auf dem neuesten Stand sind die Ergebnisse des Sonderforschungsbereichs zusammengefasst in: Achim Hurrelmann, Stephan Leibfried, Kerstin Martens und Peter Mayer, Hrsg., *Transforming the Golden-Age Nation State*, Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2007 (im Druck) – dem Eröffnungsband der Sfb-Palgrave-Reihe *Transformations of the State*. Dort erscheinen 2007 noch sechs weitere Bände, in denen erste Arbeitsergebnisse aus Sfb-Projekten international vorgestellt werden.

Stephan Leibfried, Sprecher, 31. August 2007

3.1 Allgemeine Angaben zum neuen Teilprojekt C7

3.1.1 Titel

Der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten: Privatisierungspolitik und Subventionsabbau in der OECD-Welt, 1980-2010

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre

3.1.3 Leiter

Prof. Dr. Herbert Obinger
geb. 26.02.1970
Universität Bremen
Abteilung „Institutionen und Geschichte“
Zentrum für Sozialpolitik
Parkallee 39
28209 Bremen
Tel.: 0421/218-4369
Fax: 0421/218-7540
E-Mail: hobinger@zes.uni-bremen.de

Prof. Dr. Stefan Traub
geb. 22.06.1968
Universität Bremen
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
Lehrstuhl für Finanzwissenschaft
Hochschulring 4
28359 Bremen
Tel.: 0421/218-2765
Fax: 0421/218-3155
E-Mail: traub@uni-bremen.de

Beide Teilprojektleiter sind seit dem WS 2006/2007 *unbefristet* als Professoren eingestellt.

3.1.4 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

3.1.5 Beantragte Förderung des Teilprojektes im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)

Haushaltsjahr	Personalmittel	Sachmittel	Investitionsmittel	Gesamt
2008	141.600	22.070	-	163.670
2009	141.600	47.175	-	188.775
2010	141.600	45.720	-	187.320
Σ 2008-2010	424.800	114.965	-	539.765

(Beträge in Tausend €)

3.2 Zusammenfassung

Kurzfassung

Im Teilprojekt wird der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten in der OECD-Welt von 1980 bis 2010 untersucht. Für die OECD insgesamt und in vier Länder-Fallstudien wird der Privatisierungsprozess durch Indikatoren beschrieben und auf Konvergenz untersucht. Als Antriebskräfte des Wandels werden materielle Antriebskräfte und ideelle Umwälzungen vermutet. Weichensteller der nationalen Transformationspfade dürften sich insbesondere in den politisch-institutionellen Arrangements finden. Sollte die Konvergenzhypothese bestätigt werden, weist dies auf eine drastische Uniformierung westlicher Staatlichkeit hin.

Langfassung

In diesem Teilprojekt untersuchen wir den Wandel des demokratischen Rechts- und Interventionsstaates (DRIS) in der Interventionsdimension. Das „Goldene Zeitalter“ des DRIS war in vielen OECD-Staaten gekennzeichnet durch eine bedeutende Rolle öffentlicher Unternehmertätigkeit in der Versorgung, Kernbereichen der Industrie und im Finanzsektor. Der Staat verbesserte als *Financier*, *Leistungserbringer* und *Regulator* die Allokation. Ausgehend von der im Teilprojekt zu erstellenden REST¹-Datenbank werden Umfang und Timing der Privatisierung mit Indikatoren für diese Subfunktionen international vergleichend beschrieben. Wie bei den anderen C-Teilprojekten wird geprüft, ob im internationalen Vergleich eine Konvergenz festgestellt werden kann („Korridoreffekt“). Die nationalen Unterschiede in der Privatisierungstiefe werden durch ein Strukturgleichungsmodell (SEMPA²) erklärt und mithilfe der REST-Datenbank empirisch getestet. Als materielle Antriebskräfte des Wandels kommen die Globalisierung und europäische Integration sowie makroökonomische Schocks in Frage, während die Forcierung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik als ideelle Antriebskraft von Entstaatlichungspolitik gesehen wird. Mit diesen veränderten Rahmenbedingungen geht makroökonomischer Problemdruck einher, der den Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten anstößt. In diesem Prozess könnte Weichenstellern durch politisch-institutionelle Arrangements eine wichtige Filterfunktion zukommen. Die Untersuchung erfolgt mit der REST-Datenbank quantitativ für die gesamte OECD und qualitativ durch Länderfallstudien für Deutschland, Großbritannien, Österreich und Schweden. Da es sich um einen Neuantrag im Sfb 597 handelt, werden Beschreibung und Erklärung so weit wie möglich simultan durchgeführt. In der zweiten Projektphase beschäftigen wir uns mit den Folgen des Staatswandels. Zunächst soll der weitere

¹ Die Abkürzung steht für „*Retreat of the State from entrepreneurial activities*“.

² Die Abkürzung steht für „*Structural Equations Model of Privatization Activities*“.

Verlauf des Wandels von Staatlichkeit prognostiziert werden, bevor erfasst wird, wie sich der Rückzug des Staates als Unternehmer auswirkt.

Erste Phase (2008-2010)	Zweite Phase (2011-2014)
<p><i>Beschreibung und Erklärung des Wandels</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erstellung der REST-Datenbank <ul style="list-style-type: none"> – OECD 1980-2010 – Privatisierungsdaten – Länderstrukturdaten 2. Datenaggregation und Konvergenzanalyse (beta-, sigma- und delta-Konvergenz), dreidimensionaler Ansatz: <ul style="list-style-type: none"> – Finanzierung: Subventionsabbau – Leistungserbringung: Privatisierung – Regulierung: Wettbewerbs- und Ordnungspolitik 3. Durchführung qualitative Länderfallstudien für Deutschland, Großbritannien, Österreich und Schweden 4. Entwicklung des politikwissenschaftlich-makroökonomischen Strukturgleichungsmodells (SEMPA) 5. Überprüfung der Kernhypothesen zu Antriebskräften und Weichenstellern <ul style="list-style-type: none"> – Panel-Regressionsanalysen – Verweildaueranalysen (Hazardraten) – Räumliche Korrelationen 	<p><i>Konsequenzen des Wandels</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Prognose über den weiteren Verlauf: „natürliche“ und prognostizierte Grenze des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten 2. Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> – politisch-institutionell – makro- und mikroökonomische Effizienz – Verteilungswirkungen

3.3 Problemaufriss und Stand der Forschung

3.3.1 Problemstellung

Ausgangslage

Öffentliche unternehmerische Tätigkeit war in vielen Ländern der westlichen Welt ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Rechts- und Interventionsstaates (DRIS) der Nachkriegszeit.³ In den meisten OECD-Staaten wurden im „Goldenen Zeitalter“ des DRIS⁴ zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge (Forsthoff 1938)⁵ von

³ Seit der industriellen Revolution spielte das private Unternehmertum in fast allen westlichen Industriestaaten eine wesentliche Rolle bei Herstellung und Handel von Wirtschaftsgütern, aber auch bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, etwa in den Kolonien. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es erstmals in größerem Ausmaß zu Verstaatlichungen (Clifton u.a. 2003: 15). Die Große Depression, der Zweite Weltkrieg (siehe Yergin/Stanislaw 2002) und der Zusammenbruch der Kolonialreiche brachten den Staat schließlich endgültig in eine aktivere Rolle, die von der Bereitstellung öffentlicher Güter bis hin zur Verstaatlichung ganzer Sektoren reichte (Rondinelli/Iacono 1996).

⁴ Zur Konzeption des „DRIS“ siehe Leibfried/Ziirn (2006: 20ff.) sowie das Forschungsprogramm des Sfb 597 (2002: 13 ff., hier 14, 19ff., 41ff.), das im Fortsetzungsantrag fortgeschrieben wurde (Sfb

öffentlichen Unternehmen erbracht und in vielen Ländern wurden überdies strategisch wichtige Industriezweige (z.B. Bergbau und Stahl) sowie vereinzelt auch Banken und Versicherungen verstaatlicht. Hierfür spielten allokativen (angenommenes Marktversagen) und distributive Gründe (Sicherung der Grundversorgung für „alle“) eine Rolle. Zudem wurde der öffentliche Unternehmenssektor insbesondere von Linksregierungen zur makroökonomischen Steuerung instrumentalisiert und diente arbeitsmarktpolitisch in Rezessionsphasen als Beschäftigungspuffer (Boycko u.a. 1996; vgl. zur Rolle des Staates als Arbeitgeber auch Neuantrag D6). Damit eng verbunden waren Subventionszahlungen an öffentliche, aber auch private Unternehmen.

Ausgelöst durch die weltweiten Rezessionen von 1974 und 1980/81, die den beiden Ölkrisen 1973 und 1979 folgten, bröckelte in den folgenden Jahren jedoch der keynesianische Nachkriegskonsens. Die rezessionsbedingten Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte zwangen die Regierungen der betroffenen OECD-Staaten umzudenken. Allein in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten sich 1975 und 1976 drei einflussreiche Politikberatungsgremien – die Wissenschaftlichen Beiräte beim Bundesministerium für Finanzen und beim Bundesministerium für Wirtschaft sowie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – mit dem Thema Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

Die ersten beiden bedeutenden Privatisierungen in Europa, damals noch „Entstaatlichung“ genannt, waren allerdings die von der Adenauer-Regierung initiierten Börsengänge von Volkswagen (1961) und VEBA (1965).⁶ Den entscheidenden Anstoß für die folgende Privatisierungswelle gab aber zweifellos die Thatcher-Regierung (Abromeit 1988; Yergin/Stanislaw 1998) mit dem Börsengang von British Telecom (1984). Ausgehend von Großbritannien kam es in den 1980er Jahren auch auf dem Kontinent zu ersten größeren Privatisierungen von Staatsbetrieben. In den 1990er Jahren wurden schließlich in allen OECD-Staaten öffentliche Unternehmen in vorher nicht gekanntem Ausmaß veräußert. Weltweit wurden in diesem Zeitraum knapp eine Billion US-Dollar an Privatisierungserlösen erzielt, wobei rund 70% davon in den Mitgliedsländern der OECD anfielen.⁷ Innerhalb der

2006: 9ff., hier 13ff.; sowie die ausgekoppelte Fassung des Forschungsprogramms: Genschel/Zangl 2007).

⁵ In der sozialen Marktwirtschaft wird der Staat in der kommunalen Daseinsvorsorge (vgl. Forsthoff 1938) zur umfassenden Gewährleistung der Befriedigung bestimmter Bedürfnisse verpflichtet. Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft etwa werden diese als „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ angesprochen. Der Staat unternimmt „marktbezogene Tätigkeiten, die im Interesse der Allgemeinheit erbracht und daher von den Mitgliedstaaten mit besonderen Gemeinwohlverpflichtungen verbunden werden“ (Art. 82 Abs. 2 EGV).

⁶ Einen umfassenden historischen Überblick über Privatisierungen nach dem Zweiten Weltkrieg bieten Megginson u.a. (1994).

⁷ Für die Entwicklungs- und Schwellenländer sah die Weltbank in der Privatisierungspolitik einen wichtigen Schlüssel zu wirtschaftlicher Entwicklung und Armutsbekämpfung: „Privatization, when

OECD-Welt wurde wiederum der Großteil der Privatisierungseinnahmen in den 15 Mitgliedstaaten der EU verbucht. Parallel dazu begannen die entwickelten Demokratien, ihre Industriesubventionen deutlich zu drosseln. So sind im OECD-Durchschnitt die Subventionszahlungen relativ zum Bruttoinlandprodukt (BIP) zwischen 1980 und 2004 um mehr als 50% verringert worden (Obinger/Zohlhörer 2007b).

Zwischen den OECD-Demokratien bestehen allerdings erhebliche Unterschiede bei den durchgeführten Privatisierungen und Subventionskürzungen. Während zwischen 1990 und 2000 in Portugal, Australien und Neuseeland Privatisierungserlöse im Umfang von 16-18 % des BIP erzielt wurden, betrug er in Ländern wie den USA, Kanada und Deutschland weniger als 1,5% des BIP. Ebenfalls große länder-spezifische Unterschiede bestehen beim Abbau von Subventionen.

Insgesamt deuten diese Privatisierungswelle und der Subventionsabbau auf einen Niedergang des unternehmerisch tätigen Staates und damit einen Wandel von Interventionsstaatlichkeit hin. Zwar bedeutet eine Veräußerung von öffentlichen Unternehmen (materielle Privatisierung) keinesfalls automatisch eine Verlagerung von Staatlichkeit, da der Transfer von Eigentumsrechten häufig mit einem Zuwachs an regulativer Politik einhergeht. Dennoch dürfte im marktnahen äußeren Schutzzügel des Wohlfahrtsstaates ein ungleich tief greifender Wandel von Staatlichkeit stattgefunden haben als in den wohlfahrtsstaatlichen Kernbereichen, die wegen ihrer Breitenwirkung in höherem Ausmaß vor Rückbaupolitik geschützt sein dürften.

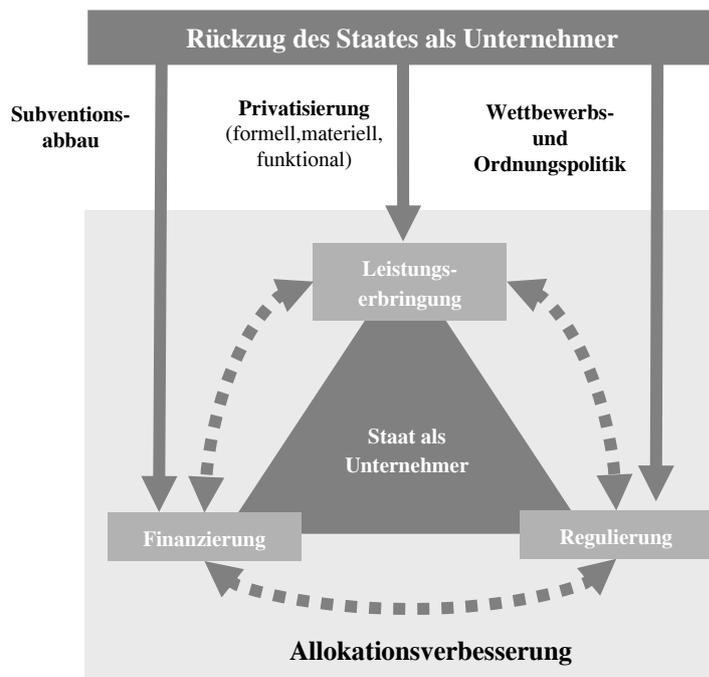
Konzeptionelle Grundlagen

In einer idealtypischen Wettbewerbswirtschaft ist jede gesellschaftlich gewünschte Pareto-effiziente Allokation durch Umverteilung der Anfangsausstattung der Wirtschaftssubjekte als Wettbewerbsgleichgewicht zu erreichen (Myles 1995). Jedoch würden unter Wettbewerbsbedingungen bestimmte Güter aufgrund von Marktversagen in suboptimaler Menge angeboten oder aufgrund von „Präferenzversagen“ („meritorische Güter“) zu wenig nachgefragt werden.⁸ Verteilungsversagen führt dazu, dass eine gerechte Allokation nur über effizienzmindernde Umverteilung zu erreichen ist. Aus ökonomischer Sicht (Musgrave 1959) erfüllt die öffentliche Finanzwirtschaft daher drei wesentliche Funktionen: Allokationsverbesserung, Einkommensumverteilung (Redistribution) und Stabilisierung (dynamische Allokationsverbesserung durch nachfrageorientierte Politik).

correctly conceived and implemented, fosters efficiency, encourages investment (and thus new growth and employment), and frees public resources for investment in infrastructure and social programs“ (Kikeri u.a. 1992: 1).

⁸ Dies betrifft zum Beispiel das Gesundheitswesen (s. Teilprojekt C3 „Wandel der Staatlichkeit im Gesundheitswesen von OECD-Ländern“), die Bildungspolitik (s. Teilprojekt C4 „Internationalisierung von Bildungspolitik“), und auch „wirtschaftsnahe“ Bereiche, wie die Entwicklung internationaler Standards der Rechnungslegung (s. Teilprojekt C6 „Die Rolle des Staates in der Rechnungslegung“).

Abbildung 1: Der Rückzug des Staates als Unternehmer



In Abbildung 1 ist der Rückzug des Staates als Unternehmer dargestellt. Der Staat nimmt durch Allokationsverbesserung seine ökonomischen Subfunktionen wahr, sei es als Leistungserbringer (Produktion und Bereitstellung von marktbezogenen Gütern und Dienstleistungen), als Financier (Ausgleich von Defiziten öffentlicher Unternehmen, Subventionierung privater Produzenten) oder als Regulierungsinstanz (Festsetzung von Normen und Regeln für das Marktgeschehen). Die Pfeile zwischen den Eckpunkten verdeutlichen die wechselseitigen Abhängigkeiten (Interdependenzen) zwischen den Funktionen. Der Wandel von Staatlichkeit findet auf der *modalen Achse*⁹ statt. Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung für die Bereitstellung sozialer Wohlfahrt zurück.

Die Privatisierung erfolgt auf Finanzierungsebene durch den Abbau von Zuschüssen und Subventionen. Bei der Leistungserbringung kommt es in der Regel erst zu *formalen* Privatisierungen – also der Umwandlung öffentlicher Unterneh-

⁹ Im Forschungsprogramm des Sfb 597 wird davon ausgegangen, dass der Wandel von Staatlichkeit entlang zweier Achsen stattfindet: Zum einen ist Internationalisierungsprozessen entlang einer *räumlichen* Achse nachzugehen, zum anderen könnten auf der *modalen* Achse bei der „Erbringung normativer Güter“ Privatisierungs- und/oder Verstaatlichungsprozesse stattfinden.

men in privatrechtliche Gesellschaften (z.B. kommunaler Regie- oder Eigenbetriebe in GmbHs) – und danach zu *materiellen* Privatisierungen durch teilweise oder vollständige Veräußerung von Unternehmensanteilen an nichtöffentliche Wirtschaftssubjekte.¹⁰ Anders verläuft die *funktionale* Privatisierung, bei der vormalig öffentliche Aufgaben, so die Müllentsorgung, zwar weiterhin öffentlich bereit gestellt, aber privat produziert und finanziert werden.¹¹ Hier kommt es oft zu „gemischtwirtschaftlichen“ Unternehmen, z.B. *Public Private Partnerships*. Auf der Regulierungsebene ist die Wirkung des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten nicht eindeutig. Die Privatisierung kann zur Rücknahme staatlicher Eingriffe in wirtschaftliche Prozesse in der Ordnungs- und Wettbewerbspolitik führen (Deregulierung). So haben internationale Institutionen und Verträge (WTO, GATT, EG) in vielen Bereichen der Wirtschaft zum Abbau von Subventionen und anderen Handelshemmnissen geführt. Dort, wo sich der Staat wegen seiner Einstandspflicht aufgrund von Markt-, Präferenz- oder Verteilungsversagen weiterhin verpflichtet fühlt, Güter und Dienstleistungen bereitzustellen, führt die Privatisierung aber zum Aufbau eines (mit hoheitlichen Funktionen versehenen) Kontroll- und Regulierungsapparats.¹²

3.3.2 Forschungsstand

Bisherige politikwissenschaftliche Untersuchungen haben sich in erster Linie mit dem Timing und der Diffusion von Privatisierungen sowie mit der Entstehung und Verbreitung von Regulierungsbehörden beschäftigt (Gilardi 2005; Levi-Faur 2005). Frühe Studien zu (materiellen) Privatisierungen betonen die Pionierrolle Großbritanniens in den 1980er Jahren und die sich daraus ergebenden *spillover*-Effekte auf andere Nationen (Abromeit 1988; Wright 1994b: 5; Bortolotti/Siniscalco 2004). Neuere Studien rücken verstärkt direkte und indirekte Einflüsse der Europäischen Gemeinschaft in den Mittelpunkt. Hierzu zählen die in den späten 1980er Jahren von der Kommission forcierte Liberalisierungspolitik sowie der durch den Maastricht-Vertrag verstärkte Zwang zur Haushaltsdisziplin (Schmidt 1998; Scharpf 1999; Clifton u.a. 2003, 2006). Daneben gibt es eine Reihe von Sammelbänden, in

¹⁰ Brada (1996) unterscheidet vier Formen der materiellen Privatisierung: Verkauf, Rückgabe enteigneten Privateigentums, Massenprivatisierung und Privatisierung durch Belegschaftsübernahme. Da die drei letztgenannten Alternativen hauptsächlich für die Transformationsländer relevant sind, wird im Folgenden allein von materieller Privatisierung durch Verkauf von Unternehmensanteilen an der Börse oder direkt an Investoren ausgegangen.

¹¹ Die funktionale Privatisierung, das *Contracting Out* der Produktion öffentlicher Dienstleistungen, ist die vorherrschende Privatisierungsform in den USA, wo staatliches Unternehmertum ohnehin keine bedeutende Rolle spielt (vgl. Lopez de Silanes u.a. 1997).

¹² Nach der *Capture*-Theorie fragen Unternehmen bewusst Regulierung nach, damit sie vor den Kräften des freien Wettbewerbs geschützt werden. Perotti und Bortolotti (2005) schlagen daher Kontrollmechanismen vor, um Regulierungsinstitutionen zu stärken und vor „Übernahme“ zu schützen.

denen anhand von Fallstudien nationale Privatisierungspfade sowie die Bestimmungsfaktoren und Folgewirkungen von Privatisierungen untersucht werden (so etwa Vickers/Wright 1989; Clarke/Pitelis 1993; Wright 1994a; Feigenbaum u.a. 1998; Toninelli 2000a; Mayer 2006).

Quantitative Untersuchungen zu Bestimmungsfaktoren unterschiedlicher Privatisierungsintensitäten im internationalen Vergleich sind dagegen eher rar. Nennenswert ist in diesem Zusammenhang der Beitrag von Carles Boix (1997), der vor allem politische Faktoren für die Unterschiede in den Privatisierungseinnahmen verantwortlich macht, die zwischen den OECD-Ländern zwischen 1979 und 1992 bestehen. Boix findet einen positiven Effekt von Rechtsparteien und einen negativen Effekt sozialdemokratischer Parteien auf die Privatisierungserlöse. Auch fragmentierte Regierungskoalitionen sowie der Status als Minderheitsregierung hemmen die Privatisierungstätigkeit, während sich eine langfristig schwache Wachstumsperformanz vor Beginn der Untersuchungsperiode stimulierend auswirkt.

Auch die wirtschaftswissenschaftlichen Studien von Bortolotti u.a. (2003) sowie von Bortolotti und Siniscalco (2004: 41ff.) konzentrieren sich auf die Gründe für die Unterschiede in den jeweiligen Privatisierungserlösen. Diese Autoren stellen auf den Demokratiegrad, die parteipolitische Färbung der Regierung, den politischen Regimetyyp und die länderspezifische Rechtstradition ab. Bortolotti und Siniscalco (2004: 55) finden in ihrem Vergleich von 48 Ländern einen positiven Einfluss von Rechtsparteien und Mehrheitsdemokratien sowie einen negativen Effekt autoritärer Staatsverfassungen auf die zwischen 1977 und 1999 erzielten Privatisierungserlöse. Überdies stellen die Autoren eine signifikant geringere Privatisierungstätigkeit in Ländern mit deutscher Rechtstradition fest.¹³ Im OECD-Ländervergleich bleibt der Institutionenindikator signifikant, während ein zehnstufiger Parteienindikator keinen signifikanten Einfluss mehr anzeigt. Aufbauend auf Obinger und Zohlhöfer (2005) untersuchen Belke u.a. (2006) die Bestimmungsgründe der Privatisierungserlöse in EU-Staaten zwischen 1990 und 2000. Hauptantriebskraft für Privatisierungstätigkeit und länderspezifische Unterschiede bei den Privatisierungserlösen ist dieser Studie zufolge ein großer makroökonomischer Problemdruck.

Zum Infrastrukturbereich (Telekommunikation, Elektrizität und Luftfahrt) haben Fink und Schneider (2004), Häge und Schneider (2004) sowie Bauer u.a. (2004) quantitative Analysen zu den Bestimmungsfaktoren der Privatisierungstiefe zwischen 1970/1983 und 2000 vorgelegt. Im Gegensatz zu den bereits erwähnten Studien wird hier nicht auf die Privatisierungserlöse, sondern auf die Entwicklung

¹³ Die theoretische Relevanz der Erklärungsvariablen Rechtstradition wird damit begründet, dass Länder mit französischer und deutscher Rechtstradition einen stärker ausgebauten öffentlichen Unternehmenssektor besitzen als Länder mit Common Law-Tradition. Zudem haben Länder mit einer vom französischen Code Civil geprägten Rechtskultur Verfassungsbarrieren gegen Privatisierungen errichtet und gewährleisten überdies nur einen unzureichenden Rechtsschutz von Investoren (Bortolotti/Siniscalco 2004: 49-50).

des Staatsanteils an Infrastrukturunternehmen im Zeitverlauf abgestellt. Die Autoren konstatieren eine Abnahme von Parteiendifferenzen über die Zeit, insbesondere in den 1990er Jahren (Fink/Schneider 2004: 228). Im Hinblick auf die Einbindung in die Weltwirtschaft, korporatistische Arrangements und institutionelle Vetopunkte kennzeichnen diese Studien differenzierte und zum Teil sektorspezifische Befunde (Fink/Schneider 2004: 238; Bauer u.a. 2004: 270; Häge/Schneider 2004: 301).

Zusammenfassend zeichnet sich der gegenwärtige Forschungsstand durch heterogene Befunde zur Rolle von politisch-institutionellen Einflussfaktoren auf die Privatisierungstätigkeit in entwickelten Demokratien aus. Während Boix (1997) und Belke u.a. (2006) signifikante Parteiendifferenzen finden, kommen Schneider und Tenbücken (2004), Bortolotti und Siniscalco (2004) sowie Obinger und Zohlhörer (2005) zu Befunden, die eher auf eine Einebnung der Parteiendifferenzen im Zeitverlauf hindeuten. Ähnlich große Divergenzen zeigen sich beim Einfluss von Institutionen, sodass zur Rolle politisch-institutioneller Einflüsse in diesem Politikfeld großer Forschungsbedarf besteht.

Ein anderer, vorwiegend wirtschaftswissenschaftlicher Strang der Literatur untersucht die Effizienz- und Verteilungswirkungen der Privatisierung. Aufbauend auf den Arbeiten von Boiteux u.a. (1971) zur Regulierung und Preisbildung öffentlicher Monopole formuliert Bös (1987, 1988) ein normatives Privatisierungsmodell. Eine zentrale Modellannahme lautet, dass durch die materielle Privatisierung bei den betroffenen Unternehmen Effizienzgewinne anfallen. Zahlreiche empirische Studien deuten darauf hin, dass Privatisierung tatsächlich zu einer Effizienzsteigerung der betroffenen Unternehmen bzw. Sektoren führt (für einen umfassenden Überblick s. Megginson/Netter 2001). Dabei ist noch nicht abschließend geklärt, ob die Tatsache des Eigentumsüberganges vom Staat an private Anteilseigner oder der mit der Privatisierung einsetzende Wettbewerbsdruck ursächlich für die Effizienzsteigerung ist (Kole/Mulherin 1997; Allen/Gale 1999; Shleifer 1998).¹⁴ Ehrlich u.a. (1994) haben anhand eines Panels international operierender Fluggesellschaften nachgewiesen, dass durch Privatisierung Produktivitätssteigerungen von 1,6 bis 2% pro Jahr bewirkt werden und die Stückkosten um bis zu 1,9% sinken. Außerdem zeigen Ehrlich u.a. (1994), dass Privatisierung kausal für Produktivitätssteigerung ist und nicht umgekehrt Produktivitätsunterschiede für die Eigentümerstruktur der Airlines verantwortlich sind.

¹⁴ Ein wesentlicher Beitrag zu den beobachteten Effizienzsteigerungen privatisierter Unternehmen dürfte aber dadurch begründet sein, dass sich die betroffenen Unternehmen in der Regel nicht mehr auf staatliche Subventionen verlassen können; es wird also die „weiche“ Budgetrestriktion eines öffentlichen Unternehmens durch die harten Bedingungen internationaler Kapitalmärkte ersetzt (vgl. z.B. Kornai 1988, 1993, 2000; Kornai untersucht die Transformationsländer). Shleifer (1998) weist zudem auf die Probleme dabei hin, vollständige Verträge zwischen Regierung und Management öffentlicher Unternehmen zu formulieren, wenn Regierungen neben dem Effizienzziel auch andere, zum Beispiel soziale, Ziele verfolgen (siehe auch Laffont/Tirole 1993; Hansmann/Kraakmann 2000).

Auch makroökonomisch wird eine Effizienzsteigerung insbesondere durch eine Verringerung des staatlichen Budgetdefizits erwartet. Davis u.a. (2000) zeigen, allerdings für Entwicklungsländer, dass Privatisierung insgesamt zu einem Rückgang der Staatsausgaben führt. Ferner werden positive makroökonomische Effekte durch das Entstehen neuer Produkte und Märkte erwartet (Megginson/Netter 2001). Sheshinski und Lopez-Calva (2003) erhalten positive empirische Ergebnisse zur mikroökonomischen Effizienz und führen diese insbesondere auf die „härteren“ Budgetbeschränkungen privatisierter Unternehmen zurück, wobei Vollprivatisierungen erfolgreicher sind als Teilprivatisierungen. Andererseits können Sheshinski und Lopez-Calva die vermuteten makroökonomischen Effekte nicht bestätigen.¹⁵

Neben den Effizienzwirkungen sind mit der Privatisierung auch Verteilungswirkungen verbunden, zum einen über steigende Profite (die an die Kapitaleigner ausgeschüttet werden), zum anderen über ein sinkendes Arbeitserfordernis (s. Börs 1988). Ob der Gesamteffekt die soziale Wohlfahrt positiv oder negativ verändert, hängt somit auch von der Einkommensverteilung und dem Grad der Ungleichheitsaversion der Gesellschaft ab (Börs 1988: 350). Biasis und Perotti (2002) entwickeln ein Partialmodell, in dem Massenprivatisierungen als Mittel des politischen Machterhalts eingesetzt werden können, und finden ihr Modell anhand empirischer Beispiele aus Großbritannien, Frankreich, Chile und Tschechien bestätigt. Börner (2004) zeigt, dass es aufgrund von Lobbyismus zu „Überprivatisierung“ kommen kann, was mikroökonomische Ineffizienz und Wohlfahrtsverluste zur Folge hat. Externer Druck (strukturelle Antriebskräfte) kann diese Tendenz noch verstärken. Persson und Tabellini (1994, 2000) zeigen, dass mehr Ungleichheit in der Verteilung der Primäreinkommen zu einer Zunahme von Umverteilungsaktivitäten in der Gesellschaft führt, was Effizienzverluste und damit geringeres Wirtschaftswachstum zur Folge hat. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass es Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum, Einkommensverteilung und Privatisierungstätigkeit gibt.

In der Zusammenschau lassen sich im internationalen Schrifttum folgende fünf Desiderata identifizieren:

1. Fast alle quantitativen Studien fokussieren auf Privatisierungserlöse als abhängige Variable. Hier sind erhebliche Zweifel an der Validität dieses Indikators angebracht, weil Privatisierungseinnahmen lediglich die materielle Privatisierungsdimension abbilden und überdies von zahlreichen Faktoren (wie Marktlage und Größe des Unternehmens) beeinflusst werden. Somit wird entweder unzureichend oder gar nicht zwischen den schon in Abschnitt

¹⁵ Weitere theoretische und empirische Studien zu Effizienzgewinnen auf Unternehmensebene stammen unter anderem von Bishop und Kay (1989) für Großbritannien, Boardman und Vining (1989) für die USA, Belke und Schneider (2004) für Österreich und weitere ausgewählte EU-Länder.

3.3.1 vorgestellten *unterschiedlichen Privatisierungsformen* – also formal, materiell, funktionell – differenziert.

2. Es sind uns weder theoretische noch empirische Studien bekannt, die neben der Leistungserbringungsfunktion (Privatisierung) auch die *Finanzierungsfunktion* (Subventionsabbau) und die *Regulierungsfunktion* (Wettbewerbs- und Ordnungspolitik) erfassen, die also ein dreidimensionales Bild des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten zeichnen.
3. Bislang wurde nicht systematisch untersucht, ob die seit den 1980er Jahren zu beobachtende Privatisierungswelle zu einer *Konvergenz* zwischen den Ländern der OECD-Welt bei der unternehmerischen Rolle des Staates geführt hat.
4. Es sind uns schließlich keine Studien bekannt, in denen quantitative mit qualitativen Länderstudien verknüpft und damit Kausalanalysen mit einer tieferen Analyse der privatisierungsrelevanten Kausalmechanismen *kombiniert* werden.

3.3.3 *Eigene Vorarbeiten*

Herbert Obinger ist Politikwissenschaftler und hat sich bislang vorwiegend mit der Entstehung, Reform und Konvergenz von OECD-Wohlfahrtsstaaten beschäftigt. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Arbeiten zur vergleichenden Politischen Ökonomie. Hierzu zählt u.a. eine Studie zu den politisch-institutionellen Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung (2004). Einschlägige Vorarbeiten für das anvisierte Teilprojekt umfassen: eine Analyse der Determinanten von Privatisierungserlösen zwischen 1990 und 2000 in EU- und OECD-Ländern (Zohlnhöfer/Obinger 2005) sowie zwei international vergleichende Studien zum Wandel von Staatsausgaben für wirtschaftliche Angelegenheiten (Obinger/Zohlnhöfer 2007b) und zum Subventionsabbau seit 1980 (Obinger/Zohlnhöfer 2007a). Länderspezifische Vorarbeiten sind mit einer Analyse der Privatisierungspolitik der zwischen 2000 und 2006 amtierenden Mitte-Rechts-Koalition in Österreich (2006) vorhanden.

Stefan Traub ist Volkswirt quantitativer Richtung mit dem Schwerpunkt Finanzwissenschaft. Neben seinem zweiten Hauptarbeitsgebiet, der experimentellen Ökonomik, beschäftigt er sich seit einigen Jahren mit der theoretischen Modellierung und empirischen Tests der Bereitstellung öffentlicher Güter durch öffentliche Unternehmen und Gebietskörperschaften (*Local Public Finance*). Traub und Missonig (2005) untersuchen die Bereitstellung der darstellenden Künste in Deutschland mikroökonomisch anhand der Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins. Traub (2005) formuliert ein räumliches Modell des Wettbewerbs zwischen Theaterstandorten und testet dies mit einem SAR-Regressionsansatz (*Spatial-Autoregression*). Risikoaspekte und Effizienz der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen werden in Traub (2006) theoretisch modelliert und unter Verwendung der deut-

schen Kriminalitätsstatistik getestet. Liberalisierung und Privatisierung in den europäischen Elektrizitätsmärkten stehen im Mittelpunkt einer experimentellen Studie von Schröder, Menges und Traub (2005) zur privaten Zahlungsbereitschaft für Ökostrom. Krieger und Traub (2007) untersuchen schließlich den Zusammenhang zwischen makroökonomischen Schocks, Einkommensverteilung und Verringerung des Staatsanteils in der Rentenversicherung.

3.3.4 Liste der publizierten einschlägigen Vorarbeiten

(I) Referierte Beiträge für

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

1. *Zohlnhöfer, Reimut, Herbert Obinger und Frieder Wolf* (2008): Partisan Politics, Globalisation and the Determinants of Privatization Proceeds in Advanced Democracies, in: *Governance* 21 (in print).
2. *Obinger, Herbert und Reimut Zohlnhöfer* (2007a): Abschied vom Interventionsstaat? Der Wandel staatlicher Subventionsausgaben in OECD-Ländern seit 1980, in: *Swiss Political Science Review* 13 (2): 203-236.
3. *Zohlnhöfer, Reimut und Herbert Obinger* (2006): Selling-off the Family Silver. The Politics of Privatization, in: *World Political Science Review* 2006, 2 (1): 30-52 (zu Näherem s. unter 6.).
4. *Schröder, Carsten, Roland Menges und Stefan Traub* (2005): Altruism, Warm Glow, and the Market for Green Electricity – An Experimental Assessment, in: *Environmental and Resource Economics* 31 (4), 431-458.
5. *Traub, Stefan und Martin Missong* (2005): On the Public Provision of the Performing Arts, in: *Regional Science and Urban Economics* 35 (6): 862-882.
6. *Zohlnhöfer, Reimut und Herbert Obinger* (2005): Ausverkauf des ‚Tafelsilbers‘: Bestimmungsfaktoren der Privatisierungserlöse in EU- und OECD-Staaten 1990-2000, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46 (4): 602-628 (als bester Aufsatz des Jahrgangs 2005 von der PVS-Redaktion ausgewählt und dadurch für die WPSR – s. oben unter 3. – für die englische Übersetzung nominiert worden).

(b) Monographien (einschließlich book proposals)

(c) Sammelbandbeiträge

(d) Arbeitspapiere

7. *Krieger, Tim und Stefan Traub* (2007): Preferences for Redistribution in Social Security Systems: An Experimental Investigation. Working Paper. Paderborn und Kiel.
8. *Traub, Stefan* (2006): The Provision of Local Public Services in a Risky Environment: An Application to Crime, Economics Working Paper 2006-03, Kiel.
9. *Obinger, Herbert und Reimut Zohlnhöfer* (2005): Selling off the ‚Family Silver‘. The Politics of Privatization in the OECD, 1990-2000, Working Paper No. 121, Center for European Studies, Harvard University, Cambridge MA.

10. *Traub, Stefan* (2005): Quality Investment and Price Formation in the Performing Arts Sector: A Spatial Analysis, Economics Working Paper 2005-16, Kiel.

(II) *Nichtreferierte Beiträge für*

(a) *wissenschaftliche Zeitschriften*

(b) *Monographien (einschließlich book proposals)*

(c) *Sammelbandbeiträge*

11. *Obinger, Herbert*, und *Reimut Zohlnhöfer* (2007b): The Real Race to the Bottom: What Happened to Economic Affairs Expenditures After 1980?, in: Francis G. Castles (Hg.), *The Disappearing State. Retrenchment Realities in an Age of Globalization*, Cheltenham, Glos.: Edward Elgar, 184-213.
12. *Obinger, Herbert* (2006): Wir sind ‚Voesterreicher‘. Bilanz der ÖVP/FPÖ-Privatisierungspolitik, in: Emmerich Tálos (Hg.), *Schwarz-Blau. Eine Bilanz des Neu-Regierens*, Wien: LIT, 154-169.

(d) *Arbeitspapiere*

3.4 Planung des Teilprojekts (Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm)

3.4.1 Forschungsziele

Unser Teilprojekt stellt sich die ehrgeizige Aufgabe, einen Beitrag zur Schließung der in Abschnitt 3.3.2 genannten Forschungslücken zu leisten. Im Einklang mit der Dreischrittlogik des Sfb soll in den ersten beiden Schritten der ersten Projektphase mit neuen Daten Umfang und Timing der Privatisierungstätigkeit im internationalen Vergleich beschrieben werden. Dabei wird wie bei den anderen C-Projekten geprüft, ob im internationalen Vergleich eine Konvergenz beim Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten („Korridoreffekt“) festgestellt werden kann.¹⁶ Darauf aufbauend soll der Wandel des Interventionsstaates erklärt werden. Da es sich um einen Neuantrag handelt, werden die ersten beiden Schritte (Deskription und Erklärung) in dem anvisierten Teilprojekt zusammen in der ersten Phase (2008-2010) durchgeführt; die Erklärung des Wandels kann sich noch bis in die zweite

¹⁶ Die Korridorthese besagt, dass sich im Zuge des Staatswandels der Varianzkorridor verengt. Es kommt also über die OECD-Staaten hinweg insofern zu Konvergenzprozessen, als alle Staaten gleichermaßen private (*modale Achse*) und internationale Institutionen (*räumliche Achse*) in die Erbringung normativer Güter einbeziehen. Wie schon erwähnt, konzentrieren wir uns in diesem Projekt (kraft Natur dieser Sache) auf den Staatswandel auf der modalen Achse. Es steht damit die veränderte Aufgabenteilung zwischen Staat und privaten Akteuren im Mittelpunkt der Analyse.

Projektphase hinein erstrecken (s. Arbeitsprogramm und Zeitplan unter 3.4.4). Im Zentrum der Erklärung des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten steht eine Analyse der Bestimmungsfaktoren der Varianz der Privatisierungstätigkeit und des Subventionsabbaus in den OECD-Ländern. In der zweiten Projektphase (ab 2011) beschäftigen wir uns abschließend mit den Konsequenzen des Staatswandels in diesem Politikfeld.

Beschreibung des Wandels

Wie schon Abbildung 1 erkennen ließ, erfordert die Beschreibung des Rückzugs des Staates aus unternehmerischer Tätigkeit ein komplexes, mehrdimensionales Vorgehen, das weit über das reine Zählen und den Vergleich von Privatisierungserlösen oder Subventionszahlungen hinausgeht. Daher wird der erste Schritt unserer Dokumentation des Wandels von Staatlichkeit darin bestehen, geeignete Maße zu finden, mit denen der Rückzug des Staates aus unternehmerischer Tätigkeit qualitativ und quantitativ erfassbar gemacht werden kann.

Im Mittelpunkt der ersten Projektphase steht somit der Aufbau der REST-Privatisierungsdatenbank für die OECD-Kernländer für die Zeit ab 1980. Obwohl es schon umfangreiche, teils öffentlich verfügbare Daten zum Thema Privatisierung gibt, zum Beispiel die Privatisierungsdatenbank der Reason Foundation (<http://www.privatization.org/database.html>) oder das von Bernardo Bortolotti geleitete Privatisierungsbarometer (<http://www.privatizationbarometer.net/>), welches als Datenlieferant für OECD und Weltbank tätig ist, befriedigt die bisherige Datenlage nicht. Dies liegt, wie ausgeführt, daran, dass „materielle“ Privatisierung nur einen – wenn auch wichtigen – Teil des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten innerhalb der Subfunktionen der Leistungserbringung darstellt. „Formale“ und insbesondere „funktionale“ Privatisierungen werden in der Regel nicht erfasst.¹⁷ Darüber hinaus müssen auch die Finanzierungs- und Regulierungsfunktion betrachtet werden, um zu einem vollständigen Bild zu kommen.

Daten für die drei Subfunktionen Leistungserbringung, Finanzierung und Regulierung werden im Teilprojekt gesammelt und zu Indizes aggregiert. Dabei sind die Daten innerhalb der Einzeldimensionen in geeigneter Weise zu skalieren und es sind Trade-offs zwischen den Indikatoren zu definieren. Eine weitere Aggregation zu einem Gesamt-Privatisierungsindex wäre auf den ersten Blick wünschenswert, dürfte sich aber als nicht sinnvoll erweisen, weil zu viele Informationen über unterschiedliche Privatisierungspfade verloren gehen. Durch die Konvergenzanalyse soll aber gerade festgestellt werden, ob sich der Korridor bei der öffentlichen Bereitstellung des normativen Gutes „soziale Wohlfahrt“ in Bezug auf marktbezogene Güter und Dienstleistungen verengt hat oder nicht.

¹⁷ Zu diesen Unterscheidungen in der Begrifflichkeit s. oben unter 3.3.1 bei „Konzeptionelle Grundlagen“.

Basierend auf der REST-Datenbank wird die Konvergenzanalyse für möglichst alle OECD-Länder für 1980 bis zum Ende des verfügbaren Zeitraums durchgeführt. So soll ein klares und umfassendes Bild über den räumlichen und zeitlichen Ablauf und die inhaltliche Ausgestaltung der Privatisierungspolitik innerhalb der OECD-Welt gewonnen werden. Als Arbeitshypothese gehen wir von einem Korridoreffekt aus, also von einer Varianzreduktion in der Größe des öffentlichen Unternehmenssektors (sigma-Konvergenz) – für Details siehe unten 3.4.3. Darüber hinaus erwarten wir eine Konvergenz hin zum US-amerikanischen Modell mit seinem Primat der Wirtschaftsregulierung anstelle unmittelbarer Leistungserbringung durch öffentliche Unternehmen. Ein derartiger Annäherungsprozess an ein bestimmtes Referenzmodell wird als delta-Konvergenz bezeichnet.

Allgemeine Indikatoren der Staatstätigkeit, wie die Staats(-ausgaben)quote oder die – zudem Umverteilungselemente beinhaltende – Steuerquote sind für die Erfassung des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten ungeeignet: Durch die Abgrenzung des Sektors Staat von der Unternehmenssphäre im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) wird immer nur ein Teil der unternehmerischen Tätigkeit des Staates abgebildet. In den OECD-Ländern wird seit Ende der 1990er Jahre nach SNA-Standard (*System of National Accounts*, 1993) bzw. dessen „Ableger“ ESVG (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, 1995) bilanziert. Zum Sektor Staat gehören dort lediglich so genannte „öffentliche institutionelle Einheiten“, die Nicht-Marktproduzenten sind; öffentliche Unternehmen mit der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft, Marktproduzenten und nicht unter Kontrolle des Staates stehende Unternehmen mit staatlicher Beteiligung werden dem Sektor der nichtfinanziellen bzw. der finanziellen Kapitalgesellschaften zugerechnet. Abgrenzungsprobleme entstehen auch bei gemischtwirtschaftlichen Unternehmen. Zudem erfasst die VGR nur die quantitativen und keine qualitativen Aspekte der Privatisierung: Die Tatsache, dass der Staat die materielle Privatisierung bestimmter Versorgungsbereiche (Post- und Telekommunikation, Energie, Verkehr) mit dem Ausbau von Regulierungsinstanzen begleitet, bleibt in der VGR naturgemäß unberücksichtigt.

Aufbauend auf einer genauen Analyse der entsprechenden Konten der VGR unter Hinzuziehung weiterer Quellen (Subventions- und Beteiligungsberichte usw.) wird die REST-Datenbank aufgebaut. Die REST-Datenbank wird ergänzt um die Strukturdaten der Länder (politische Institutionen, makroökonomische Daten, usw.). Somit trägt das Projekt selbst erheblich zur Verbesserung der Datenlage bei. Die REST-Datenbank soll nach Möglichkeit alle OECD-Kernländer¹⁸ von 1980 bis heu-

¹⁸ OECD Mitgliedstaaten sind: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Irland, Italien, Japan, Kanada, Korea* (12/96), Luxemburg, Mexiko* (5/94), Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Polen* (11/96), Portugal, Slowakei* (12/00), Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechien* (12/95), Türkei, Ungarn* (5/96), Vereinigte

te umfassen. Dies sind die 20 Gründungsmitglieder von 1960 erweitert um Australien, Finnland, Japan und Neuseeland. Die mittelosteuropäischen Transformationsländer Tschechien, Ungarn, Polen und Slowakei sowie Mexiko und Korea sind erst Mitte der 1990er Jahre der OECD beigetreten und entsprechen überdies nicht dem im Sfb 597 untersuchten Typus des DRIS. Aus diesen Gründen sind sie aus der Untersuchung ausgeklammert. Unter Nutzung der REST-Datenbank werden Indizes entwickelt, die die zeitliche Entwicklung der Privatisierung sowohl in den einzelnen Subfunktionen (Leistungserbringung, Finanzierung, Regulierung) als auch in der Gesamtschau abbilden. Diese Indikatoren bilden die Grundlage für die Konvergenzanalyse.

Exkurs: Datenquellen

Als Datenquellen werden u.a. genutzt:

- Wirtschaftliche Strukturdaten der Länder, VGR-Daten, Subventionen: OECD Economic Outlook, OECD Main Indicators, OECD Annual National Accounts Statistics (alle über SourceOECD verfügbar), Eurostat;
- Subventionen allgemein: Subventionsberichte der Bundesregierung (insbesondere Kapitel 7 Internationale Subventionsentwicklung);
- Privatisierungen und Privatisierungserlöse: Privatization Barometer (<http://www.privatizationbarometer.net>), Privatisierungsdatenbank der Reason Foundation (<http://www.privatization.org>);
- Regulierungsbehörden: European Regulators Group (ERG), International Regulators Group (IRG), Nationale Regulierungsbehörden, World Bank International Directory of Utility Regulatory Institutions (IFUR);
- Umfangreiche politische Strukturdaten der Länder finden sich im Comparative Political Data Set (Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern).

Erklärung des Wandels

Der zweite Schritt soll den Wandel von Staatlichkeit, hier den Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten, erklären. Dabei verfolgen wir mit dem Projekt, unterstützt durch einen Methodenmix, mehrere Ziele: *Erstens* sollen mit Hilfe von Regressionsanalysen, die auf der Grundlage der REST-Datenbank und des Strukturgleichungsmodells SEMPA erfolgen, die Antriebskräfte und Weichensteller des Wandels identifiziert und quantifiziert werden. *Zweitens* sollen Länderfallstudien den Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten auch qualitativ erfassen. In diesem Zusammenhang geht es in einer Prozessanalyse um die Rekonstruktion der wesentlichen Motive und maßgeblichen politischen Entscheidungsprozesse von Privatisierungen. Ferner sollen durch den Vier-Länder-Vergleich die Auswir-

Staaten. In Klammern ist das Beitrittsdatum der nach 1980 der OECD beigetreten Mitgliedsstaaten angeführt; die mit einem Stern (*) versehenen Länder werden in der Datenbank nicht berücksichtigt.

kungen von unterschiedlichen Konfigurationen der politisch-institutionellen Weichensteller auf die nationalen Privatisierungspfade herausgearbeitet werden.

Wir gehen von der These aus, dass das zeitliche Auftreten der Privatisierungswelle einer komplexen Konstellation aus mehreren, zeitlich sich überlappenden Entwicklungen geschuldet ist. Als wesentliche materielle *Antriebskräfte* für den Wandel des wirtschaftlich tätigen Interventionsstaates vermuten wir sowohl strukturelle Entwicklungen wie die Globalisierung¹⁹ und die europäische Integration als auch makroökonomische Schocks sowie technologische Umwälzungen. Als ideelle Antriebskraft sehen wir die Umorientierung der Wirtschaftspolitik in Richtung stärkerer Angebotsorientierung. Mit diesen Herausforderungen geht makroökonomischer Problemdruck einher, der den Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten anstößt. Im Einklang mit dem Sfb-Forschungsprogramm gehen wir davon aus, dass in diesem Prozess *Weichenstellern* in Form politisch-institutioneller Arrangements eine wichtige Filterfunktion zukommt. Dadurch lassen sich – so unsere zentrale Vermutung – die länderspezifischen Unterschiede im Wandel des unternehmerisch tätigen Staates erklären.

Konsequenzen des Wandels

Zunächst ist zu prognostizieren, ob der Rückzug des Staates aus unternehmerischer Tätigkeit weiter geht und wo etwaige Grenzen für diesen Prozess gezogen werden. In Staaten wie Großbritannien, wo der Anteil des Outputs öffentlicher Unternehmen am BIP mittlerweile nahezu null ist, scheint eine natürliche Grenze dieser Entwicklung erreicht. Weitere Handlungsspielräume bestünden noch in den Bereichen der formellen und der funktionalen Privatisierung (z.B. des NHS).

Danach müssen die Folgen des Rückzugs des Staates aus unternehmerischer Tätigkeit anhand von Effizienz- und Verteilungsmaßstäben beurteilt werden. Aus ökonomischer Sicht sind mikroökonomische Effizienz und makroökonomisches Wachstum (Galal u.a. 1994) die Hauptargumente, die zugunsten der Privatisierung angeführt werden (Sheshinski/Calva 2003).²⁰ In der ökonomischen Theorie ist jedoch nicht jede Privatisierung automatisch mit einem Effizienzgewinn verbunden. In vielen ökonomischen Bereichen, in denen sich der DRIS in seinem Goldenen Zeitalter ausgebreitet hat, herrscht nach gängiger Lehrbuchmeinung Marktversagen vor. Liegen Skalenerträge in der Produktion des Gutes vor, die zu natürlichen Mo-

¹⁹ Unter wirtschaftlicher Globalisierung wird hier die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft verstanden, die sich aus dem Anstieg der internationalen Faktormobilität, insbesondere Kapitalmobilität, und dem Sinken von Transaktions- und Transportkosten ergibt.

²⁰ Price Waterhouse (1989a, 1989b) führen sechs bedeutende Privatisierungsziele an: 1. Ertragserzielung für den Staat, 2. ökonomische Effizienz, 3. Verringerung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft, 4. Förderung des Aktienbesitzes, 5. Förderung von mehr Wettbewerb, 6. Unterwerfung öffentlicher Unternehmen unter die disziplinierenden Kräfte des Marktes. Letztlich sind aber alle diese Punkte eng am Effizienzziel orientiert, das man gewissermaßen als Oberziel ansehen kann.

nopolen führen (z.B. im Bereich der Versorgungsinfrastruktur), sprechen gewichtige Gründe dafür, dass der Staat durch Regulierung und öffentliche Bereitstellung in den Markt eingreift (vgl. Myles 1995; Zimmermann/Henke 2001). Insofern ist von einem *Trade-off* zwischen staatlichem Unternehmertum und Privatisierung auszugehen. Laffont und Tirole (1993) betonen, dass es sich bei der Bewertung dieses *Trade-offs* im Einzelfall weniger um eine theoretische als um eine *empirische* Frage handelt.

3.4.2 Theorien und Hypothesen

Die Transformation von Eigentumsrechten ist ein komplexer Prozess, der sich aus dem Zusammenspiel von nationalen politisch-institutionellen Faktoren und ökonomischen Rahmenbedingungen ergibt. Aus theoretischer Perspektive ist es daher sinnvoll, für die Erklärung der Veränderung der nationalen Privatisierungs- und Subventionsvolumina auf die Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung (vgl. Schmidt 2002; Castles 1998) zurückzugreifen, um daraus entsprechende Hypothesen abzuleiten. Dabei unterscheiden wir zwischen materiellen und ideellen Antriebskräften einerseits und politisch-institutionellen Weichenstellern andererseits, wobei wir bei den materiellen Antriebskräften zwischen langfristigen strukturellen Antriebskräften (Globalisierung, europäische Integration) und eher kurzfristigen materiellen Problemlagen (makro-ökonomische Ungleichgewichte und Schocks) unterscheiden.

Antriebskräfte

Strukturelle Antriebskräfte für „Entstaatlichung“

Staatstätigkeit und Staatswandel werden in zunehmendem Maße von Entwicklungen jenseits des Nationalstaates beeinflusst. Hier sind vor allem die Europäische Integration sowie die Internationalisierung der Volkswirtschaften, allen voran die Globalisierung der Finanzmärkte, zu nennen. Vor dem Hintergrund einer verschärften Standortkonkurrenz um mobiles Kapital (vgl. Simmons/Elkins 2004) könnten sich Regierungen veranlasst sehen, einen orthodoxeren wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen, was auf einen Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten hinausläuft. Der Verkauf staatlicher Unternehmen und die Drosselung von Subventionen haben in diesem Zusammenhang zudem den Vorteil, die fiskalpolitische Position eines Landes zu verbessern, was wiederum von zentraler Bedeutung für die Reaktionen der internationalen Finanzmärkte ist (Mosley 2000). Insofern ist zu erwarten, dass der Umfang von Privatisierungsmaßnahmen und Subventionskürzungen eines Landes mit der wachsenden Offenheit seiner Kapitalmärkte zunimmt.

Auch von der europäischen Integration sind wesentliche Impulse für die Forcierung einer Entstaatlichungspolitik zu erwarten. Mindestens zwei Einflusskanäle sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung:

Erstens ist für die Privatisierungspolitik auf das Binnenmarktprogramm zu verweisen, das die Liberalisierung vieler Sektoren der öffentlichen netzbasierten Daseinsvorsorge nach sich gezogen hat, und zwar von der Telekommunikation über die Energiewirtschaft bis zu vielen Sektoren des Verkehrswesens (S. Schmidt 1998; Clifton u.a. 2003; Schneider/Tenbücken 2004). Die betroffenen Dienstleistungen wurden vor der Liberalisierung meist durch staatliche Unternehmen erbracht. Durch die Liberalisierung ging jedoch die Legitimation für das staatliche Eigentum an den Unternehmen verloren, sodass eine Privatisierung nahe lag, wenn sie nicht sogar für den Erfolg der Liberalisierungspolitik notwendig war.

In der Subventionspolitik betreibt die Europäische Kommission zumindest in formeller Hinsicht ein strenges Beihilferegime. Staatliche Transferzahlungen müssen von der Kommission ausdrücklich genehmigt werden, außerdem kann sie beschließen, dass die Mitgliedstaaten solche Subventionen abschaffen müssen, die unvereinbar mit dem Binnenmarkt sind (Artikel 88 Abs. 2 und 3 EGV). Während die tatsächliche Politik der Kommission bis in die 1980er Jahre als „pragmatic neglect“ charakterisiert werden kann, verfolgte sie seit Mitte der 1980er Jahre „a much more rigorous line towards subsidies“ (McGowan 2000: 129, 131). Stephen Wilks (2005: 123) resümiert sogar, dass „the state aid regime has chalked up significant successes and has consolidated an historic move away from state subsidization of industry“.

Zweitens muss der fiskalpolitische Druck berücksichtigt werden, der auf den EU-Mitgliedstaaten seit dem Maastrichter Vertrag und seinen Konvergenzkriterien für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion (EWU) lastete. Insofern dürften die Maastricht-Kriterien, die durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt gleichsam „verlängert“ worden sind, den Handlungsdruck in Richtung Haushaltssanierung zumindest für solche Länder verstärkt haben, die am Defizitkriterium zu scheitern drohten (OECD 2003). Zusammen mit dem über das Binnenmarktprogramm forcierten Angriff der Kommission auf die staatsnahen Sektoren (Scharpf 1999: 60-63) und dem europäischen Subventionsregime erhöhte dieses eng geschnürte fiskalische Korsett die Wahrscheinlichkeit von Privatisierungen und Subventionskürzungen.

Ökonomische Problemlagen und ideelle Antriebskräfte

Funktionalistische Theorien führen einen Politikwechsel auf dringliche wirtschaftliche Problemlagen zurück. Aus dieser Sicht sind Privatisierungen und Subventionskürzungen eine Reaktion auf materielle Antriebskräfte in Form makroökonomischer Ungleichgewichte. Angesichts einer unbefriedigenden Wachstumsperformanz und einer ausufernden Staatsverschuldung könnten Regierungen Zuflucht zu den Empfehlungen angebotsorientierter Ökonomen nehmen, die spätestens seit Anfang der 1980er Jahre den wirtschaftspolitischen Diskurs bestimmen (Hall 1993; Boix 1997). Eine Flucht in die Entstaatlichungspolitik ist überdies dann wahrscheinlich, wenn andere Länder bereits mit entsprechenden Maßnahmen vorgeprescht sind, sodass

Nachzüglerländer im Wettstreit um internationales Kapital unter Anpassungsdruck geraten (vgl. Simmons/Elkins 2004).

Im Zentrum angebotsorientierter Ideen stehen nicht zuletzt die Privatisierung staatlicher Unternehmen und ein drastischer Subventionsabbau. Das zentrale Argument für eine Privatisierung von Staatsunternehmen betont die höhere wirtschaftliche Effizienz von privaten im Vergleich zu staatlichen Unternehmen (vgl. Megginson/Netter 2001; Schneider 2003). So hätten staatliche Unternehmen in der Regel mehrere Ziele neben der Gewinnmaximierung zu verfolgen, was zu Zielkonflikten und dann auch zu Effizienzverlusten führe. Die fehlende Möglichkeit eines Bankrotts staatlicher Unternehmen und ihre politische Instrumentalisierung durch opportunistische Bürokraten und Politiker mindern gleichfalls Anreize zu effizientem Wirtschaften.

Auch Subventionen sind aus angebotsorientierter Sicht problematisch, da sie das Anpassungspotenzial einer Volkswirtschaft an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen verringern und über Wettbewerbsverzerrungen einer ineffizienten Allokation von Ressourcen Vorschub leisten.

Im Hinblick auf den ökonomischen Problemdruck dürfte sich insbesondere die Verschuldungssituation der öffentlichen Haushalte unmittelbar auf die Privatisierungstätigkeit und die Subventionspolitik auswirken. Gerade aufgrund der im letzten Abschnitt skizzierten fiskalpolitischen Restriktionen hat in Europa der Druck auf eine Budgetsanierung zugenommen. Da aber die meisten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung – nämlich Ausgabenkürzungen ebenso wie Steuererhöhungen – bei den Wählern sehr unpopulär sind, ist es politisch ausgesprochen schwierig, Haushaltsdefizite zu verringern. Der Rückgriff auf die Privatisierung staatlicher Unternehmen und Subventionskürzungen könnte insofern ein Ausweg aus diesem Dilemma sein, als dadurch Einnahmen erzeugt werden, ohne große Wählergruppen ausgeprägt zu belasten. Gleichzeitig wird die Regierung von der Verpflichtung entlastet, Subventionen zu zahlen oder Unternehmensdefizite zu decken (dazu etwa Wright 1994a: 20; Boix 1997: 477).

Insgesamt gehen wir davon aus, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen einem hohen makroökonomischen Problemdruck und dem Umfang von Privatisierungen und Subventionskürzungen besteht. Konkret erwarten wir einen positiven Zusammenhang zwischen Verschuldungsindikatoren und Privatisierungen bzw. Subventionskürzungen. Wir gehen auch davon aus, dass geringes Wirtschaftswachstum den Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten vorantreibt.²¹

²¹ Andererseits könnte umfangreiches staatliches Unternehmertum auch die Ursache für geringes Wirtschaftswachstum sein. Dann wäre zu erwarten, dass der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten positive Wachstumsimpulse zur Folge hat. Mögliche wechselseitige Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Niveau der unternehmerischen Staatstätigkeit können mittels Kausalitätstests anhand der entsprechenden Zeitreihen überprüft werden.

Politisch-institutionelle Weichensteller

Im Einklang mit dem Forschungsprogramm zur zweiten Phase gehen wir davon aus, dass der durch materielle Antriebskräfte wie wirtschaftliche Globalisierung, Europäisierung und eine ungünstige wirtschaftlichen Performanz herbeigeführte Handlungsdruck politisch unterschiedlich verarbeitet wird. Die nationalen Anpassungsreaktionen dürften sich in Abhängigkeit von politisch-institutionellen Weichenstellern unterscheiden. Mehrere potenzielle Weichensteller sind hier zu nennen.

Conditio sine qua non: Die Ausgangslage

Zunächst ist auf einen Einflussfaktor abzustellen, der ohne Zweifel eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung für die Erklärung des Ausmaßes von Privatisierung und Subventionskürzung ist: die Größe des öffentlichen Unternehmenssektors und der Umfang von Subventionen zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Für die unterschiedliche Größe des öffentlichen Unternehmenssektors und damit das in den einzelnen Ländern vorhandene Privatisierungspotenzial gibt es eine Vielzahl historisch teils tief verwurzelter Ursachen (vgl. Toninelli 2000: 10-21; Clifton u.a. 2003). Ungeachtet der historisch unterschiedlichen Determinanten der Entwicklungsdynamik des öffentlichen Wirtschaftssektors dürfte jedenfalls das jeweilige Politikerbe den Aktionsradius einer Regierung für Privatisierungsaktivitäten in einem erheblichen Maße bestimmen, da offensichtlich eine Regierung nur so viel privatisieren kann, wie sich vorher in Staatsbesitz befindet. Gleiches gilt für die Subventionspolitik. Daher wird in den Ländern der Umfang von Privatisierung und Subventionskürzung besonders niedrig sein, in denen der Staat schon immer wenige Beteiligungen besaß oder wo Unternehmenssubventionen traditionell eine geringe Rolle spielten.

Der Einfluss von Regierungsparteien

Aus angebotstheoretischer Perspektive können, wie schon gezeigt wurde, die Privatisierung staatlicher Beteiligungen sowie Subventionskürzungen einen Beitrag dazu leisten, die makroökonomische Leistungsfähigkeit zu verbessern. Die Bereitschaft, mit der Regierungen diese wirtschaftspolitischen Empfehlungen annehmen, dürfte jedoch mit ihrer parteipolitischen Zusammensetzung variieren. Theoretisch ist die Bereitschaft bürgerlicher Parteien, Staatsbesitz zu privatisieren, plausibel, da diesen Parteien von der Parteiendifferenztheorie gerade eine Politik zur Stärkung der Marktkräfte unterstellt wird (so Schmidt 2002; Zohlnhöfer 2003). Die ideologischen Positionen von politischen Parteien zu Staat und Markt im Allgemeinen und zu öffentlichem Unternehmertum im Besonderen bilden traditionell sogar eine elementare Trennscheide zwischen linken und bürgerlichen Parteien (von Beyme 2000: 89).

Zusätzlich lässt sich auch ein wahlpolitischer Grund für die potenziell größere Neigung bürgerlicher Parteien anführen, auf Privatisierungen zurückzugreifen: So-

weit es gelingt, Aktienbesitz im Sinne eines Volkskapitalismus breit zu streuen, könnten sich auch die wirtschaftspolitischen Interessen dieser Bevölkerungsteile zugunsten einer stärker marktorientierten Politik – und damit zugunsten bürgerlicher Parteien – verändern, da nun ein Teil ihres Einkommens vom Wert ihrer Aktien und damit der Performanz der privatisierten Unternehmen abhängt (Bortolotti u.a. 2003: 308).

Typisch für sozialdemokratische Parteien war dagegen lange Zeit ein mangelndes Vertrauen in die Stabilität des privaten Sektors. Folglich nahm die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien einen wichtigen Stellenwert in ihrem wirtschaftspolitischen Strategiemenu ein, da öffentliche Unternehmen als „Beschäftigungspuffer“ in Rezessionsphasen instrumentalisiert und als zentral für die gesamtwirtschaftliche Steuerung betrachtet wurden. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Beschäftigten öffentlicher Unternehmen fast überall zu den Kernwählern linksorientierter Parteien zählen, dürften diese Privatisierungen ungleich skeptischer gegenüber stehen als ihre bürgerlichen Konkurrenten.

Im Hinblick auf potenzielle Parteeffekte gehen wir daher *ceteris paribus* von einem negativen Zusammenhang zwischen sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung und Privatisierungsintensität aus, während wir für bürgerliche Regierungsparteien einen positiven Einfluss auf die Privatisierungstätigkeit erwarten. Da Subventionen ein interventionistisches wirtschaftspolitisches Instrument darstellen, erwarten wir zudem, dass linke Regierungen ein höheres Subventionsniveau bevorzugen bzw. einem umfangreichen Subventionsabbau skeptisch gegenüberstehen.

Zwischen Veto und Ermöglichung: Der Einfluss von politischen Institutionen

Die vergleichende Staatstätigkeitsforschung hat für verschiedenste Politikfelder gezeigt, dass politische Institutionen einen erheblichen Einfluss auf die Staatstätigkeit ausüben können, indem sie Akteurskonstellationen, Akteursstrategien und die Interaktionsmuster zwischen Akteuren vorprägen sowie die Reformfähigkeit eines politischen Systems abstecken, also die Chance zur Veränderung des Status quo bestimmen. Das ist auch für die Privatisierungs- und Subventionspolitik zu erwarten. Da es sich hier um unmittelbare Ergebnisse des politischen Prozesses handelt, sollten vor allem solche Institutionen eine Rolle spielen, die unmittelbar den politischen Willensbildungsprozess verfassen oder die Kompetenzverteilung zwischen verschiedenen Institutionen oder staatlichen Ebenen betreffen. So nimmt gemäß der Vetospielertheorie (Tsebelis 2002) die Schwierigkeit, den Status quo zu ändern, mit zunehmender Anzahl von Vetospielern zu. Entstaatlichungspolitik im Sinne von Privatisierungen und Subventionskürzungen müsste daher in politischen Systemen mit vielen mächtigen Vetospielern schwieriger zu bewerkstelligen sein als in politischen Systemen mit permissiver Verfassung. Empirisch können wir somit in erster Linie auf die Existenz mächtiger zweiter Kammern, starker Präsidenten oder direktdemokratischer Entscheidungsverfahren abstellen. Weiterhin kann der Schwie-

rigkeitsgrad einer Verfassungsänderung gerade für Privatisierungen von Bedeutung sein, da staatliche Unternehmen in einer Reihe von Ländern Verfassungsschutz genießen, sodass jeweils erst die Verfassungen geändert werden mussten, ehe die betroffenen Unternehmen privatisiert werden konnten. Die dafür notwendigen Supermajoritäten dürften den Status quo begünstigen. Als Hypothese wäre somit zu formulieren: Mit zunehmender Anzahl und Stärke von Vetospielern wie zweiten Kammern, Präsidenten oder Referenden sowie mit zunehmendem Schwierigkeitsgrad einer (benötigten) Verfassungsänderung nimmt das Privatisierungsvolumen ab bzw. wird der Subventionsabbau erschwert.

Die Rolle von Interessengruppen

Wir vermuten, dass Interessengruppen eine bedeutende Rolle beim Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten spielen. Peltzman (1971: 112) hat darauf hingewiesen, dass sich Regierungen die politische Zustimmung von Interessengruppen zum Beispiel über die Preisgestaltung öffentlicher Unternehmen „erkaufen“. Biasis und Perotti (2002) haben zudem gezeigt, dass Regierungen Privatisierungen für den Machterhalt strategisch genutzt haben.

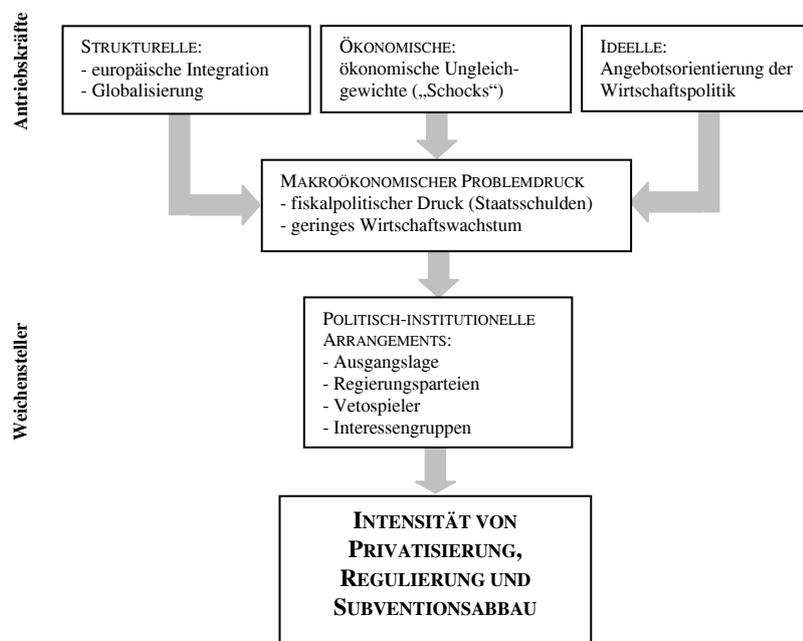
Der Nutzen staatlicher Subventionen konzentriert sich typischerweise auf diejenigen Firmen und ihre Mitarbeiter, welche die Subventionen erhalten, während die Kosten, also die dafür aufzubringenden Haushaltsmittel, auf die gesamte Wählerschaft verteilt sind. Umgekehrt verhält es sich mit Privatisierungen. Hier werden die Kosten auf die Beschäftigten der zu privatisierenden Unternehmen konzentriert, sofern Stellenabbau oder Beschäftigungsunsicherheit mit einer Privatisierung einhergehen. Interessenorganisationen von Arbeitnehmern und Unternehmen sowie die Art und Weise ihrer Einbindung in den wirtschaftspolitischen Willensbildungsprozess dürften also die Privatisierungs- und Subventionspolitik von Regierungen mit beeinflussen. Zentral ist dafür die Organisationsmacht dieser Verbände.

Privatisierungsmaßnahmen können sowohl gesamtwirtschaftlich als auch für die in den betroffenen Unternehmen Beschäftigten erhebliche Konsequenzen haben. Die Unternehmerverbände dürften im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Telekommunikation, Energie und Verkehr Privatisierungen grundsätzlich unterstützen, weil sie über die zu erwartenden Effizienzgewinne auf niedrigere Preise für diese Dienstleistungen hoffen dürfen. Zudem könnten sie selbst in der Hoffnung auf zukünftige Gewinne als Käufer staatlicher Unternehmen auftreten. Allerdings ist bei ihnen wegen hoher Interessendivergenzen kein starkes Engagement zugunsten entsprechender Maßnahmen zu vermuten. So dürften gerade in der Subventionspolitik massive Interessengegensätze zwischen Subventionsempfängern und jenen Unternehmen bestehen, die keinerlei staatliche Beihilfen beziehen.

Gewerkschaften dürften dagegen in aller Regel gegen eine Privatisierung staatlicher Unternehmen eintreten: Der staatliche Besitz an Unternehmen garantiert den Beschäftigten hohe Arbeitsplatzsicherheit, modellhafte arbeits- und sozialrechtliche

Bedingungen und eine hohe Bezahlung (OECD 2003; vgl. ausführlicher Schwartz 2001; Héritier/Schmidt 2000). Insofern haben Gewerkschaften, die noch dazu im öffentlichen Sektor regelmäßig einen höheren Organisationsgrad als im privaten Sektor aufweisen, also erhebliche Gründe, gegen die Privatisierung staatlicher Unternehmen und für die Aufrechterhaltung von Subventionszahlungen zu mobilisieren, und es steht zu erwarten, dass das nationale Privatisierungsvolumen bzw. ein Subventionsabbau umso geringer ausfällt, je stärker Gewerkschaften organisiert sind und je militanter sie auftreten.

Abbildung 2: Erklärungsmodell des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten



Zusammenfassend gehen wir davon aus, dass das kumulative Zusammenwirken von materiellen und ideellen Antriebskräften einen hohen Druck für das Ergreifen von Privatisierungsmaßnahmen erzeugt. Zu diesen Antriebskräften zählen technologische Innovationen und damit verbundene Neuerungen in der Theorie öffentlicher Unternehmen („Theorie bestreitbarer Märkte“), ein allgemeiner wirtschaftspolitischer Kurswechsel hin zu angebotsorientierten Ideen und Problemdiagnosen, mak-

ro-ökonomische Ungleichgewichte, zunehmende Standortkonkurrenz sowie im Zeitverlauf zunehmende Liberalisierungsbestrebungen seitens der Europäischen Gemeinschaft. Diese Stimuli müssen jedoch innenpolitisch verarbeitet werden, so dass sich die nationalen Anpassungsreaktionen in Abhängigkeit von politisch-institutionellen Faktoren und dem Politikerbe der Vergangenheit unterscheiden sollten.

In Abbildung 2 ist das inhaltliche Erklärungsmodell zum Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten dargestellt. Die Pfeile von den materiellen (also den strukturellen sowie ökonomischen) und ideellen Antriebskräften zum Feld „makroökonomischer Problemdruck“ stellen aber keine Kausalbeziehungen dar: Beispielsweise ist einerseits zu erwarten, dass makroökonomischer Problemdruck zu einer stärkeren internationalen Koordination der Wirtschaftspolitik führt, so in der europäischen Integration; andererseits übt die europäische Integration durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt auch selber fiskalpolitischen Druck aus. Wie oben ausgeführt, stellt der latente makroökonomische Problemdruck, gemessen durch Variablen wie Staatsschuld und Wirtschaftswachstum, einen Indikator für die länderspezifische Bedeutung der Antriebskräfte dar.

Inwieweit und auf welche Art sich der makroökonomische Problemdruck auf die Rolle des Staates bei der Bereitstellung marktbezogener Güter und Leistungen auswirkt, ist von den politisch-institutionellen Arrangements abhängig. Zum Einfluss dieser Weichensteller gehen wir von folgenden *Hypothesen* aus: Ein Rückzug des Staates aus unternehmerischer Tätigkeit ist umso wahrscheinlicher,

- H1:** je größer der öffentliche Sektor am Beginn der Untersuchungsperiode entwickelt war;
- H2:** je größer der länderspezifische makroökonomische und finanzpolitische Problemdruck ist;
- H3:** je weniger institutionelle Vetospieler den Handlungsspielraum einer Regierung begrenzen;
- H4:** je stärker die Machtressourcen bürgerlicher Parteien sind; und
- H5:** je schwächer der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist.

Werden diese Hypothesen widerlegt, indem trotz hoher Variation bei den politisch-institutionellen Weichenstellern starke Konvergenz- bzw. Korridoreffekte im Sinne eines *“race to the bottom“* (Abnahme der Streuung bei sinkendem Mittelwert) nachgewiesen werden können, so würde dies auf einen massiven Wandel des Interventionsstaates hindeuten. Insbesondere würde dieser Befund nahelegen, dass materielle Antriebskräfte einen uniformen Wandel der Interventionsdimension moderner Staatlichkeit erzwungen haben.

3.4.3 *Untersuchungsmethode*

Dieses Teilprojekt stützt sich auf einen Mix aus quantitativen und qualitativen Methoden. Der Untersuchungszeitraum umfasst, je nach Datenverfügbarkeit, den Zeit-

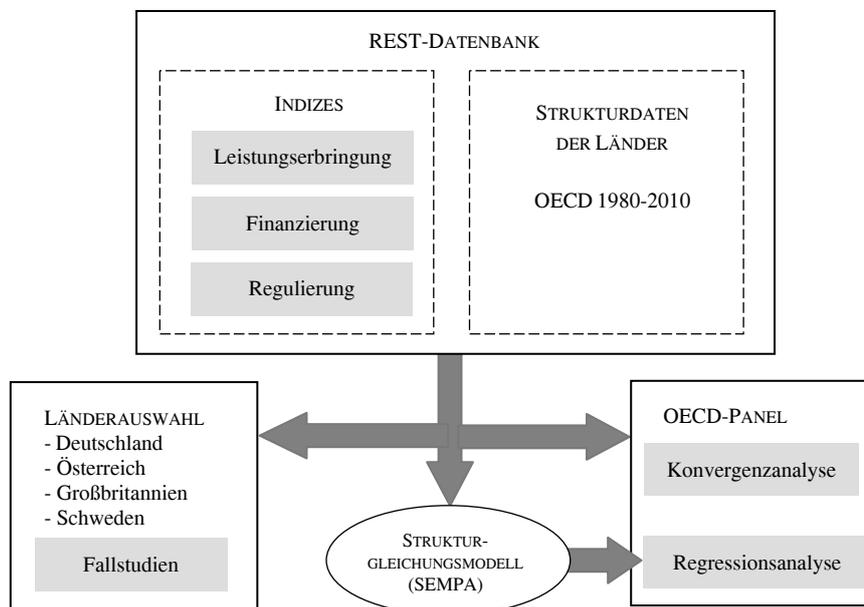
raum von 1980 bis ca. 2010; zurzeit sind die meisten OECD- und Eurostat-Zeitreihen mindestens für den Zeitraum 1970 bis 2005 verfügbar. Wie in den folgenden Unterabschnitten näher dargelegt werden soll, werden in diesem Teilprojekt

- der Korridoreffekt durch Konvergenzanalysen überprüft,
- im Rahmen von Regressionsanalysen die in Abschnitt 3.4.2 formulierten Kernhypothesen statistisch getestet und
- qualitativ orientierte Länder-Fallstudien sowie ein Vier-Ländervergleich durchgeführt.

Konvergenzanalyse

Ausgangspunkt der Analyse des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten ist die in der deskriptiven Phase des Teilprojekts zu erstellende REST-Datenbank. Grundgesamtheit sind die OECD-Staaten; Betrachtungszeitraum ist, je nach Datenverfügbarkeit, das Intervall von 1980 bis maximal 2010. Im ersten Schritt wird das Ausmaß der Privatisierung in den einzelnen Dimensionen der unternehmerischen Tätigkeit des Staates – Leistungserbringung, Finanzierung und Regulierung – quantitativ erfasst und danach zu Indizes aggregiert.

Abbildung 3: Der Methodenmix im Überblick



Anhand der Indizes wird die Konvergenzanalyse durchgeführt. Zur Messung des Korridoreffekts entlang der modalen Achse wird die Existenz unterschiedlicher Konvergenztypen (β -, σ - und δ -Konvergenz) geprüft. Dabei interessiert auch die Konvergenzrichtung, die mit einfachen Lageparametern abgebildet werden kann. Das Maß der σ -Konvergenz würde auf eine Abnahme der Streuung des Privatisierungsindex im Zeitablauf hindeuten. Ziehen sich Staaten mit vormals relativ großem öffentlichen Sektor schneller aus unternehmerischen Tätigkeiten zurück als Staaten mit relativ kleinem öffentlichen Sektor, ist von der stärkeren β -Konvergenz zu sprechen, steuern also die vormals unterschiedlichen Niveaus der unternehmerischen Staatstätigkeit auf einen geringeren gemeinsamen Wert zu. Diese Kombination aus einem sinkenden Mittelwert und Konvergenz würde auf ein „race to the bottom“ hinauslaufen. δ -Konvergenz würde schließlich vorliegen, wenn alle Länder in Richtung eines bestimmten Referenzmodells konvergierten. Wie bereits erwähnt wurde, soll untersucht werden, ob sich die OECD-Länder auf das US-Modell – also die Regulierung nicht-öffentlicher Unternehmen – zu bewegen.

Überprüfung der Kernhypothesen

Im zweiten Schritt werden die oben formulierten Hypothesen bezüglich der Antriebskräfte und Weichensteller des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten durch Regressionsanalysen getestet. Das inhaltliche Erklärungsmodell (Abb. 2) wird in ein geeignetes lineares Strukturgleichungsmodell, das wir SEMPA nennen (*Structural Equations Model of Privatization Activities*), übertragen. Voraussichtlich werden die drei Indikatoren des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten die endogenen Variablen sein, wobei Interdependenzbeziehungen durch das Mehrgleichungsmodell angemessen berücksichtigt werden. Als exogene Variablen fließen die Strukturdaten der Länder in die Regression ein. Die reduzierte Form von SEMPA wird anhand der REST-Daten mit den üblichen Methoden ökonometrisch geschätzt. Da die Daten als Panel vorliegen, ist von einem Panel-schätzer auszugehen. Die oben formulierten Hypothesen liegen in Form von Restriktionen auf die Modellparameter vor.

Obwohl das Hauptaugenmerk der quantitativen Untersuchung auf der empirischen Überprüfung des Strukturgleichungsmodells liegt, sollen darüber hinaus in zusätzlichen Regressionsansätzen einige Besonderheiten des Datenmaterials berücksichtigt werden. *Spillover*-Effekte zwischen den OECD-Ländern könnten die Berücksichtigung räumlicher Korrelation zum Beispiel in Form von SAR-Modellen (*Spatial Autoregression*) sinnvoll machen. Zeitliche Aspekte der Privatisierung können durch zeitabhängige ökonometrische Modelle (z.B. Verweildaueranalyse oder Hazardratenmodelle) erfasst werden.

Fallstudien

Ergänzt werden die obigen Analysen durch tiefenschärfere qualitative Fallstudien der Privatisierungspolitik in ausgewählten OECD-Ländern. Nach derzeitigem Stand ist geplant, vier Länder genauer zu betrachten: Deutschland, Großbritannien, Österreich und Schweden. Die Länderauswahl basiert auf einer hohen Varianz bei jenen unabhängigen Variablen, deren Weichenstellerfunktion in diesem Politikfeld anzunehmen ist. Das Sample besteht somit aus Ländern, die sich durch Unterschiede in der Vetospielerdichte, ihren Staatsstrukturen und den parteipolitischen Kräfteverhältnissen auszeichnen.

Gestützt auf eine Prozessanalyse („process-tracing“) sollen jene Kausalfaktoren und -mechanismen ausgemacht werden, die den Wandel des Interventionsstaates angestoßen und konturiert haben. Neben der Analyse der länderspezifischen Antriebskräfte können im Rahmen der Fallstudien sektorenspezifische Entwicklungen besser in den Blick genommen werden. Schließlich erlauben die Länderstudien aufgrund einer besseren Datenlage eine detaillierte Untersuchung von Privatisierungsaktivitäten auf unterschiedlichen Staatsebenen sowie die Identifizierung und Analyse unterschiedlicher Privatisierungsformen und -wege.

Zunächst sollen in diesen Länderstudien die nationalen *Privatisierungspfade* detailliert dokumentiert werden. So wird untersucht, wie und in welchem Umfang sich die Rolle des Staates als Unternehmer bzw. seine Intervention in unternehmerische Tätigkeiten über die Zeit verändert hat. Über die Rekonstruktion der politischen Entscheidungsprozesse in den vier Ländern werden die Antriebskräfte für Privatisierungsmaßnahmen, die politischen Konfliktlinien und die sich daraus ergebenden Privatisierungspfade (sowohl im Hinblick auf das Timing als auch das Privatisierungsvolumen) sowie die gewählten Privatisierungsformen (formell, materiell, funktional) analysiert. Methodisch beruhen die Fallstudien vor allem auf Dokumentenanalysen und Interviews mit Entscheidungsträgern.

Ferner kann im Vier-Ländervergleich geprüft werden, ob und – wenn ja – inwieweit national unterschiedliche Konstellationen von politisch-institutionellen Weichenstellern den Wandel des Interventionsstaates geprägt haben. Die vergleichende Analyse der Privatisierungspfade kann hervorragend mit der Regressionsanalyse zum Beispiel bei den zeitabhängigen Modellen kombiniert werden, um die Prognosegüte des quantitativen Modells zu überprüfen.

In der späteren Effizienzanalyse ist schließlich bei der Regulierung für einzelne Branchen, z.B. Telekommunikation und Energieversorgung, zu prüfen, ob sich die in der Privatisierung aufgebauten Regulierungsbehörden dem „Capturing“ (Perotti/Bortolotti 2005) durch die Unternehmen entziehen konnten. Beesley und Littlechild (1989) haben gezeigt, dass unterschiedliche Regulierungsformen (z.B. *Rate-of-Return* und *Price-Cap*) zu unterschiedlichen Marktergebnissen geführt haben.

3.4.4 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Phasen

Im Teilprojekt wird der Wandel von Staatlichkeit beim Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten beschrieben, erklärt und bewertet. Da die Antragstellung wegen der Neuberufung beider Antragsteller nachträglich erst zum Ende des ersten Jahres der zweiten Bewilligungsphase des Sfb 597 – also für die Jahre 5-8 des laufenden Sfb – erfolgen kann, sollen in der *ersten* Phase dieses Teilprojekts die Schritte „Beschreibung des Wandels“ (ursprüngliche Phase 1 des Sfb 597) und „Erklärung des Wandels“ (ursprüngliche Phase 2 des Sfb 597) soweit wie möglich parallel laufen, auch wenn die Erklärung logischerweise auf der Beschreibung aufbaut. Die zweite Teilprojektphase „Konsequenzen des Wandels“ (laufende Jahre 9-12 des Sfb, also Phase 3) soll dann programmgemäß anschließen.

Zeitplan

Für das Jahr 2008 ist als erster, zentraler Arbeitsschritt der Aufbau der REST-Datenbank vorgesehen. Während die Erfassung der Strukturdaten der Länder, der VGR-Daten, Privatisierungserlöse usw. aufgrund der hier recht guten Datenlage sehr schnell erfolgen kann, ist bei der Erfassung der Daten insbesondere zu den nicht-materiellen Privatisierungsdimensionen und der Wettbewerbs- und Ordnungspolitik mit erheblichem Zeitaufwand zu rechnen. Deswegen sollen alle im Teilprojekt beschäftigten Mitarbeiter im ersten Jahr vorrangig in die Erstellung der Datenbank eingebunden werden. Die Aggregation der Daten zu den Indizes der drei Dimensionen des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten erfolgt in der ersten Hälfte 2009, sodass anschließend die deskriptive und qualitative Auswertung der Daten erfolgen kann. Im Vordergrund steht hier insbesondere die Konvergenzanalyse. Weil bei der Erstellung der REST-Datenbank auch Input für die Fallstudien der Länder Deutschland, Österreich, Großbritannien und Schweden anfällt, ist mit dem Arbeitsbeginn der Länderfallstudien im zweiten Halbjahr 2008 zu rechnen. Da jedem Land ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zugerechnet wird, ist von einem vorläufigen Abschluss des deskriptiven Teils der Fallstudien Ende 2009 auszugehen.

Der zweite Schritt, die Erklärung des Wandels, beginnt im zweiten Halbjahr 2009 mit der formalen Erstellung des Strukturgleichungsmodells SEMPA. Hier werden insbesondere die in den vorherigen Abschnitten vorgestellten Hypothesen zu den Antriebskräften und Weichenstellern des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten modelliert. Auf Basis der nunmehr vollständig zur Verfügung stehenden REST-Datenbank werden diese mit SEMPA empirisch getestet. Weitere Regressionsanalysen, die auch zeitliche Entwicklungen und räumliche Strukturen erfassen, schließen sich daran an, sie können aus Zeitgründen aber auch

in eine spätere Projektphase verschoben werden. Parallel dazu sollen die vier Fallstudien bzw. der Vier-Länder-Vergleich abgeschlossen werden.

Arbeitsschritte	2008	2009	2010
Schritt 1: Beschreibung des Wandels			
Aufbau der REST-Datenbank (<i>Retreat of the State from entrepreneurial activities</i>): Privatisierungsdaten und Strukturdaten der Länder			
Datenaggregation (Zusammenfassung der Privatisierungsdaten zu 3 Indizes)			
Konvergenzanalyse, deskriptive statistische Auswertungen, qualitative Befunde			
Fallstudien (Deutschland, Österreich, Großbritannien, Schweden): erweiterte Datensammlung, deskriptive Analysen			
Schritt 2: Erklärung des Wandels			
Formale Modellierung von SEMPA (<i>Structural Equations Model of Privatization Activities</i>)			
Regressionsanalysen mit REST und SEMPA, ergänzende zeitliche und räumliche Analysen			
Fallstudien (Deutschland, Österreich, Großbritannien, Schweden): Kausalanalysen			

3.5 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojektes

Dieses Teilprojekt des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ ist in der *Interventionsdimension* angesiedelt. Ziel des Interventionsstaates ist es, den gesellschaftlichen Wohlstand zu mehren und ihn möglichst gerecht zu verteilen. Politische Eingriffe erfolgen hier zur Marktschaffung (*market-making*), Marktunterstützung (*market-backing*) und Marktkorrektur (*market-correcting*).

In dem Teilprojekt beschäftigen wir uns mit dem Wandel von Staatlichkeit bei der Erbringung des normativen Gutes „soziale Wohlfahrt“. Im Gegensatz zum Teilprojekt C1 („Sozialpolitik in kleinen offenen Volkswirtschaften“), das sich mit sozialpolitischen Kernbereichen beschäftigt, gilt die Aufmerksamkeit in diesem Teilprojekt den unternehmerischen Tätigkeiten des Staates durch Leistungserbringung (Produktion und Bereitstellung marktbezogener Güter und Dienstleistungen), Finanzierung (Subventionierung öffentlicher und privater Produzenten) und Regulierung von Märkten. Ein Wandel des Interventionsstaates wird hauptsächlich auf der *modalen Achse* untersucht.

Antriebskräfte sind im Bereich externer Herausforderungen (Globalisierung, Integration) und im materiellen (fiskalischer Druck, makroökonomische Ungleichgewichte) und ideellen Bereich (wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel) zu sehen. Diese werden jedoch durch politisch-institutionelle *Weichensteller* gefiltert.

Verortung des Teilprojekts C7 im Sonderforschungsbereich

Beschreibung	
<i>Dimension von Staatlichkeit</i>	Interventionsdimension
<i>Achse des Wandels</i>	Modale Achse (Privatisierung)
<i>Korridorentwicklung</i>	Konvergenz
Erklärung	
<i>Antriebskräfte</i>	materiell: – strukturell (Globalisierung, Europäische Integration) – ökonomische Problemlagen (makroökonomische Ungleichgewichte, Schocks) ideell: Paradigmenwechsel zur Angebotsökonomie
<i>Weichensteller</i>	Politisch-institutionell (Vetospieler, Parteien, Interessengruppen)

Stellung in der eigenen Säule

Das Teilprojekt deckt mit den unternehmerischen Tätigkeiten des Staates eine zentrale und umfängliche Dimension des Interventionsstaates ab, die in den letzten 25 Jahren einem grundlegenden Wandel unterworfen worden ist und die von keinem anderen Teilprojekt der C-Säule untersucht wird. In vielen Ländern der OECD-Welt erfolgte im „Goldenen Zeitalter“ des DRIS die Leistungserbringung in den netzbasierten Infrastrukturbereichen durch öffentliche Unternehmen, wobei in einigen Ländern auch Schlüsselindustrien verstaatlicht worden waren. Auch bei den Subventionen zeigte sich die Allgegenwart des wirtschaftlich tätigen Interventionsstaates. So betrug 1980 die durchschnittliche Subventionsquote immerhin 2,32% des BIP und war damit höher als die durchschnittliche Quote für öffentliche F&E-Ausgaben. Seither setzte ein Niedergang des unternehmerisch tätigen Staates ein, der in seiner Reichweite wahrscheinlich umfassender ist als in allen anderen klassischen staatlichen Interventionsfeldern (vgl. Obinger/Zohnhöfer 2007a).

Verbindungen zu anderen Sfb-Projekten jenseits der Säule

Konzeptionelle Schnittstellen zu anderen Sfb-Teilprojekten bestehen insbesondere in der C-Säule, die ebenfalls primär *Korridoreffekte* entlang der modalen Achse systematisch überprüfen (z.B. C1, C3). Die größten thematischen Schnittstellen bestehen mit dem Neuantrag (D6) zum Wandel des Staates als Arbeitgeber. Entsprechende Kooperationen (Datenaustausch usw.) sind bereits vereinbart worden.

3.6 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

Herbert Obinger ist gegenwärtig Ko-Projektleiter des von der DFG in dieses Sonderforschungsbereich geförderten Teilprojekts C1;²² ansonsten werden keine inhaltlich verwandten Forschungsprojekte von der DFG oder anderen Drittmittelgebern gefördert. Forschungsprojekte des Antragstellers Stefan Traub mit einem verwandten Zuschnitt werden weder von der DFG noch von anderen Drittmittelgebern gefördert.

Beide Antragsteller sind allerdings an einem Antrag für eine Graduiertenschule (^{BI}GSSS) in der zweiten Runde der „Excellence Initiative by the German Federal and State Governments“ in der Förderlinie Graduiertenschule beteiligt. Stefan Traub ist dort als Principal Investigator aktiv, Herbert Obinger als Other Faculty. Die Exzellenzinitiative fällt in die Zuständigkeit von DFG und Wissenschaftsrat.

²² Sofern der vorliegende Projektantrag genehmigt wird, wird dem Antragsteller Obinger aufgrund der daraus resultierenden Leitung von zwei Teilprojekten von der Universität Bremen eine Verringerung seines Lehrdeputats um 2 auf 6 SWS ab Beginn der Förderperiode von C7 gewährt werden. Dadurch wird Raum für die nachhaltige und verstärkte Bearbeitung dieses zweiten Projekts geschaffen.

Literatur

- Abromeit, Heidrun (1988) British Privatisation Policy, in: *Parliamentary Affairs* **41**:1, 68-85
- Allen, Franklin, Douglas Gale (1999) Corporate Governance and Competition, Wharton School: University of Pennsylvania (Working Paper Nr. 99-28)
- Bauer, Johannes M., Frank M. Häge & Volker Schneider (2004) Politische und gesellschaftliche Vetospieler in institutionellen Reformen. Die Transformation der Telekommunikation in OECD-Ländern, in: Volker Schneider & Marc Tenbrücken, Hg., *Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen*, Frankfurt/New York: Campus, 241-79
- Beesley, Michael E. & Stephen C. Littlechild (1989) The Regulation of Privatized Monopolies in the United Kingdom, in: *RAND Journal of Economics* **20**:3, 454-72
- Belke, Ansgar & Friedrich Schneider (2004) Privatization in Austria: Some Theoretical Reasons and Performance Measures, Linz: Department of Economics, Johannes Kepler University (Working Paper No. 0404)
- Belke, Ansgar, Frank Baumgärtner, Ralph Setzer & Friedrich Schneider (2006) The Different Extent of Privatisation Proceeds in EU Countries: A Preliminary Explanation Using a Public Choice Approach, Linz: Department of Economics, Johannes Kepler University (Working Paper No. 0606)
- Beyme, Klaus von (2000) *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Biais, Bruno & Enrico Perotti (2002) Machiavellian Privatization, in: *American Economic Review* **92**:1, 240-58
- Bishop, Matthew R. & John A. Kay (1989) Privatization in the United Kingdom: Lessons from Experience, in: *World Development* **17**:5, 643-57
- Boardman, Anthony E. & Aidan R. Vining (1989) Ownership and Performance in Competitive Environments: A Comparison of Private, Mixed and State-Owned Enterprises, in: *Journal of Law and Economics* **32**:1, 1-33
- Bös, Dieter (1987) Privatization of Public Enterprises, in: *European Economic Review* **31**:1/2, 352-360
- Bös, Dieter (1988) Welfare Effects of Privatizing Public Enterprises, in: Dieter Bös, Manfred Rose & Christian Seidl, Hg., *Welfare and Efficiency in Public Economics*, Heidelberg: Springer, 339-62
- Boiteux, Marcel (1971) On the Management of Public Monopolies Subject to Budgetary Constraints, in: *Journal of Economic Theory* **3**:3, 219-40
- Boix, Carles (1997) Privatizing the Public Business Sector in the Eighties: Economic Performance, Partisan Responses and Divided Governments, in: *British Journal of Political Science* **27**:4, 473-96
- Börner, Kira (2004) The Political Economy of Privatization: Why Do Governments Want Reforms? Genova etc.: Fondazione Eni Enrico Mattei (Working Paper 106.2004)
- Bortolotti, Bernardo, Marcella Fantini & Domenico Siniscalco (2003) Privatisation around the World: Evidence from Panel Data, in: *Journal of Public Economics* **88**:1/2, 305-22
- Bortolotti, Bernardo & Domenico Siniscalco (2004) *The Challenges of Privatisation. An International Analysis*, Oxford: Oxford University Press
- Boycko, Maxim, Andrei Shleifer & Robert W. Vishny (1996) A Theory of Privatisation, in: *Economic Journal* **106**:435, 309-19
- Brada, Josef (1996) Privatization is Transition – Or is it?, in: *Journal of Economic Perspectives* **10**:1, 67-86

- Castles, Francis G. (1998) *Comparative Public Policy. Patterns of Post-war Transformation*, Northampton: Cheltenham
- Clarke, Thomas & Christos Pitelis, Hg. (1993) *The Political Economy of Privatization*, London/New York: Routledge
- Clifton, Judith, Francisco Comin & Daniel Diaz Fuentes (2003) *Privatisation in the European Union. Public Enterprises and Integration*, Dordrecht/Boston/London: Kluwer
- Clifton, Judith, Francisco Comin & Daniel Diaz Fuentes (2006) Privatizing Public Enterprises in the European Union 1960-2002: Ideological, Pragmatic, Inevitable?, in: *Journal of European Public Policy* **13**:5, 736-56
- Davis, Jeffrey, Rolando Ossowski, Thomas Richardson & Steven Barnett (2000) Fiscal and Macroeconomic Effects of Privatisation, Washington, D.C.: IMF (IMF Occasional Paper 194)
- Ehrlich, Isaac, Georges Gallais-Hamonno, Zhiqiang Liu & Randall Lutter (1994) Productivity Growth and Firm Ownership: An Empirical Investigation, in: *Journal of Political Economy* **102**:5, 1006-38
- Feigenbaum, Harvey, Jeffrey Henig & Chris Hamnett (1998) *Shrinking the State. The Political Underpinnings of Privatization*, Cambridge: Cambridge University Press
- Fink, Simon & Volker Schneider (2004) Die Determinanten nationaler Privatisierungspfade. Parteipolitik, Globalisierungsdruck und institutionelle Rahmenbedingungen, in: Volker Schneider & Marc Tenbrücken, Hg., *Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen*, Frankfurt/New York: Campus, 209-40
- Forsthoff, Ernst (1938) *Die Verwaltung als Leistungsträger*, Stuttgart: Kohlhammer
- Galal, Ahmed, Leroy Jones, Pankaj Tandon & Ingo Vogelsang (1994) *Welfare Consequences of Selling Public Enterprises: An Empirical Analysis*, Toronto etc.: Oxford University Press
- Genschel, Philipp & Bernhard Zangl (2007) Die Zerfaserung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates, Bremen: Universität, Sfb 597 (Arbeitspapier Nr. 62)
- Gilardi, Fabrizio (2005) The Institutional Foundations of Regulatory Capitalism: The Diffusion of Independent Regulatory Agencies in Western Europe, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* **598**:1, 84-101
- Häge, Frank M. & Volker Schneider (2004) Hauptachsen staatlicher Redimensionierung. Die Rolle von Europäisierung und Globalisierung, in: Volker Schneider & Marc Tenbrücken, Hg. (2004) *Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen*, Frankfurt/New York: Campus, 280-313
- Hall, Peter A. (1993) Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policy-making in Britain, in: *Comparative Politics* **25**:3, 275-96
- Hansmann, Henry & Reinier Kraakmann (2000) The End of History for Corporate Law, New York, Cambridge und New Heaven, CN: NYU, Harvard und Yale (NYU Law and Economics Working Paper No. 00-006; Harvard Law and Economics Discussion Paper 284; Yale ICF Working Paper No. 00-11)
- Héritier, Adrienne & Susanne K. Schmidt (2000) After Liberalization. Public Interest Services and Employment in the Utilities, in: Fritz W. Scharpf & Vivien A. Schmidt, Hg., *Welfare and Work in the Open Economy*, Bd. II: *Diverse Responses to Common Challenges*, Oxford: Oxford University Press, 554-96
- Kikeri, Sunita, John Nellis & Mary Shirley (1992) *Privatization: The Lessons of Experience*, Washington, D.C.: World Bank

- Kole, Stacey R. & J. Harold Mulherin (1997) The Government as a Shareholder: A Case from the United States, in: *Journal of Law and Economics* **40**:1, 1-22
- Kornai, Janos (1988) Individual Freedom and Reform of the Socialist Economy, in: *European Economic Review* **32**:2/3, 233-67
- Kornai, Janos (1993) The Evolution of Financial Discipline under the Postsocialist System, in: *Kyklos* **46**:3, 315-36
- Kornai, Janos (2000) Ten Years after ‚The Road to a Free Economy‘: The Author’s Self-evaluation, in: *Economic Systems* **24**:4, 353-59
- Laffont, Jean-Jaques & Jean Tirole (1993) *A Theory of Incentives in Procurement and Regulation*, Cambridge, MA: MIT Press
- Levi-Faur, David (2005) The Global Diffusion of Regulatory Capitalism, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* **598**:1, 12-32
- Lopez de Silanes, Florenico, Andrei Shleifer & Robert W. Vishny (1997) Privatization in the United States, in: *Rand Journal of Economics* **28**:3, 447-71
- Mayer, Florian (2006) *Vom Niedergang des unternehmerisch tätigen Staates: Die Privatisierungspolitik Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Deutschlands im Vergleich*, Wiesbaden: VS-Verlag
- McGowan, Francis (2000⁴) Competition Policy, in: Helen Wallace & William Wallace, Hg., *Policy-Making in the European Union*, Oxford: Oxford University Press, 114-47
- Meggison, William L., Robert Nash & Matthias van Randenborgh (1994) The Financial and Operating Performance of Newly Privatized Firms: An International Empirical Analysis, in: *Journal of Finance* **49**:2, 403-52
- Meggison, William L. & Jeffrey M. Netter (2001) From State to Market: A Survey of Empirical Studies on Privatization, in: *Journal of Economic Literature* **39**:2, 321-89
- Mosley, Layna (2000) Room to Move: International Financial Markets and National Welfare States, in: *International Organization* **54**:4, 737-73
- Musgrave, Richard A. (1959) *The Theory of Public Finance*, New York: McGraw-Hill
- Myles, Gareth D. (1995) *Public Economics*, Cambridge, MA: Cambridge University Press
- Obinger, Herbert (2004) *Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich*, Wiesbaden: VS Verlag
- OECD (2003) *Privatising State-Owned Enterprises. An Overview of Policies and Practices in OECD Countries*, Paris: OECD
- Peltzman, Sam (1971) Pricing in Public and Private Enterprises: Electric Utilities in the United States, in: *Journal of Law and Economics* **14**:1, 109-47
- Perotti, Enrico & Bernardo Bortolotti (2005) From Government to Regulatory Governance: Privatization and the Residual Role of the State, Genoa etc.: Fondazione Eni Enrico Mattei (Working Paper 151.2005)
- Persson, T. & G. Tabellini (1994) Is Inequality Harmful for Growth?, in: *American Economic Review* **84**:3, 600-21
- Persson, T. & G. Tabellini (2000) *Political Economics*, Cambridge, MA: MIT Press
- Price Waterhouse (1989a) *Privatization: Learning Lessons from the U.K. Experience*, London: Price Waterhouse
- Price Waterhouse (1989b) *Privatization: The Facts*, London: Price Waterhouse

- Rondinelli, Dennis & Max Iacono (1996) *Policies and Institutions for Managing Privatization*, Turin: International Training Centre, ILO
- Scharpf, Fritz W. (1999) *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt a.M./New York: Campus
- Schmidt, Manfred G. (2002) The Impact of Political Parties, Constitutional Structures and Veto Players on Public Policy, in: Hans Keman, Hg., *Comparative Democratic Politics*, London: Sage, 166-84
- Schmidt, Susanne K. (1996) Privatizing the Federal Postal and Telecommunications Services, in: Arthur Benz & Klaus H. Goetz, Hg., *A New German Public Sector? Reform, Adaptation and Stability*, Aldershot u.a.: Dartmouth, 45-70
- Schmidt, Susanne K. (1998) *Liberalisierung in Europa. Die Rolle der Europäischen Kommission*, Frankfurt/New York: Campus
- Schneider, Friedrich (2003) Privatization in the OECD Countries: Theoretical Reasons and Results Obtained, Linz (unv. Man.)
- Schneider, Volker & Marc Tenbrücken, Hg. (2004) *Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen*, Frankfurt/New York: Campus
- Schwartz, Herman (2001) Round up the Usual Suspects! Globalization, Domestic Politics, and Welfare State Change, in: Paul Pierson, Hg., *The New Politics of the Welfare State*, Oxford/New York: Oxford University Press, 17-44
- Sfb 597 (2002) *Staatlichkeit im Wandel*, Bd. 1: *Allgemeine Angaben und Projektbereiche A und B*, Bremen: Universität Bremen
- Sfb 597 (2006) *Staatlichkeit im Wandel*, Bd. 1: *Allgemeine Angaben und Projektbereiche A und B*, Bremen: Universität Bremen
- Shesinski, Eytan & Luis F. Lopez-Calva (2003) Privatization and Its Benefits: Theory and Evidence, in: *CESifo Economic Studies* 49:3, 429-59
- Shleifer, Andrei (1998) State versus Private Ownership, in: *Journal of Economic Perspectives* 12:4, 133-50
- Simmons, Beth A. & Zachary Elkins (2004) The Globalization of Liberalization: Policy Diffusion in the International Political Economy, in: *American Political Science Review* 98:1, 171-89
- Toninelli, Pier Angelo (2000a) The Rise and Fall of Public Enterprise. The Framework, in: ders., Hg. (2000) *The Rise and Fall of State-owned Enterprise in the Western World*, Cambridge: Cambridge University Press, 3-24
- Toninelli, Pier Angelo, Hg., (2000b) *The Rise and Fall of State-owned Enterprise in the Western World*, Cambridge: Cambridge University Press
- Traub, Stefan (2005) Quality Investment and Price Formation in the Performing Arts Sector: A Spatial Analysis, Kiel: Universität (Economics Working Paper 2005-16)
- Tsebelis, George (2002) *Veto Players: How Political Institutions Work*, New York: Russell Sage Foundation; Princeton, NJ: Princeton University Press
- Vickers, John & Vincent Wright, Hg. (1989) *The Politics of Privatisation in Western Europe*, London/Totowa, NY: Frank Cass
- Willks, Stephen (2005⁵) Competition Policy, in: Helen Wallace, William Wallace & Mark A. Pollack, Hg., *Policy-Making in the European Union*, Oxford: Oxford University Press, 113-39
- Wright, Vincent, Hg. (1994a) *Privatization in Western Europe. Pressures, Problems and Paradoxes*, London: Pinter

- Wright, Vincent (1994b) Industrial Privatization in Western Europe. Pressures, Problems and Paradoxes, in: Vincent Wright, Hg., *Privatization in Western Europe. Pressures, Problems and Paradoxes*, London: Pinter, 1-43
- Yergin, Daniel & Joseph Stanislaw (2002) *The Commanding Heights: The Battle between Government and the Marketplace that is Remaking the Modern World*, New York: Simon and Schuster
- Zimmermann, Horst & Klaus-Dirk Henke (2001⁸) *Finanzwissenschaft*, München: Vahlen
- Zohlnhöfer, Reimut (2001) *Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982-1998*, Opladen: Leske+Budrich
- Zohlnhöfer, Reimut (2003) Der Einfluss von Parteien und Institutionen auf die Staatstätigkeit, in: Herbert Obinger, Uwe Wagschal & Bernhard Kittel, Hg., *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*, Opladen: UTB, 47-80
- Zohlnhöfer, Reimut (2005) Globalisierung der Wirtschaft und nationalstaatliche Anpassungsreaktionen. Theoretische Überlegungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* **12**:1, 41-75
- Zohlnhöfer, Reimut (2006) Vom Wirtschaftswunder zum kranken Mann Europas? Wirtschaftspolitik seit 1945, in: Manfred G. Schmidt & Reimut Zohlnhöfer, Hg., *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 285-313
- Zohlnhöfer, Reimut (2007) Fiscal Policy and Adjustment: Adjusting Fiscal Policy to Globalization – Testing Theoretical Approaches, in: Stefan A. Schirm, Hg., *Globalization. State of the Art and Perspectives*, London: Routledge, 40-60

Prof. Dr. Herbert Obinger

Universität Bremen
Zentrum für Sozialpolitik (ZeS)
Barkhof, Parkallee 39
28209 Bremen
Tel.: 0421 218-4369
Fax: 0421 218-4406
E-mail: hobinger@zes.uni-bremen.de

Lebenslauf

Name: Herbert Obinger
Geburtsdatum: 26.02.1970
Geburtsort: Salzburg
Staatsangehörigkeit: Österreich

Universitäre Ausbildung

1989-1994: Studium Universität Wien, Hauptfach: Politikwissenschaft.
1990-1997: Studium Universität Wien, Hauptfach: Volkswirtschaft.
1998: Dr. phil. (Politikwissenschaft), Universität Wien, „Politische Institutionen und Sozialpolitik in der Schweiz“ (Betreuer Emmerich Tálos und Wolfgang C. Müller).
2004: Habilitation in Politikwissenschaft „Politik und Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich“ (Betreuer: Manfred G. Schmidt, Klaus Armingeon, Stephan Leibfried).

Berufliche Tätigkeiten

1995 – 1996: Gastwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.
1997: Gastwissenschaftler am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.
1998-2002: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik (Abteilung: Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates).
2002-2006: Wissenschaftlicher Assistent am Zentrum für Sozialpolitik (Abteilung: Institutionen und Geschichte des Wohlfahrtsstaates).
2004-2005: Visiting Scholar am Center for European Studies, Harvard University.
2006: Ruf an die Universität Konstanz (abgelehnt), seit 1. Oktober Professor für vergleichende Staatstätigkeitsforschung und Sozialpolitik an der Universität Bremen.

Durchführung von anderen Forschungsprojekten mit Drittmitteln (Auswahl)

1994: Technologie-DELPHI Österreich (Österreichische Akademie der Wissenschaften, BM für Wirtschaft).
1995: Sozialpolitik in Österreichs Nachbarländern (Österr. Forschungsförderungsfonds).
1996: Basic Income in Europe, ZENS Göttingen (ESF).
2002: Federalism and the Welfare State (teilfinanziert von der VW-Stiftung).

Seit 2003: Sozialpolitik in kleinen offenen Volkswirtschaften (C1), Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“.

Publikationen seit 2001

- Castles, Francis G., Herbert Obinger (2007) Social Expenditure and the Politics of Redistribution *Journal of European Social Policy* 17:3, 206-222.
- Obinger, Herbert & Reimut Zohlnhöfer (2007a) The Real Race to the Bottom: What Happened to Economic Affairs Expenditures After 1980?, in: Francis G. Castles (ed.) *The Disappearing State. Retrenchment Realities in an Age of Globalization* Cheltenham: Edward Elgar, 184-213.
- Obinger, Herbert & Reimut Zohlnhöfer (2007b) Abschied vom Interventionsstaat? Der Wandel staatlicher Subventionsausgaben in OECD-Ländern seit 1980 *Swiss Political Science Review* 13:2, 203-226.
- Obinger, Herbert & Emmerich Tálos (2006) *Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rothgang, Heinz, Herbert Obinger & Stephan Leibfried (2006) The State and its Welfare State: How Do Welfare State Changes Affect the Make-up of the Nation-state? *Social Policy & Administration* 40:3, 250-266.
- Herbert Obinger, Stephan Leibfried & Francis G. Castles (2005) Beipässe für ein „Soziales Europa“: Lehren aus der Geschichte des westlichen Föderalismus *Der Staat* 44:4, 505-542 (= überarbeitete Fassung von: Bypasses to a social Europe? Lessons from federal experience *Journal of European Public Policy* (2005) 12:3, 545-571).
- Herbert Obinger, Stephan Leibfried & Francis G. Castles, Hg. (2005) *Federalism and the Welfare State. New World and European Experiences* Cambridge: Cambridge University Press (zusammenfassender Überblick in deutsch: Herbert Obinger, Stephan Leibfried & Francis G. Castles, Bremst der Föderalismus den Leviathan? Bundesstaat und Sozialstaat im internationalen Vergleich, 1880-2005 *Politische Vierteljahresschrift* (2005) 46:2, 215-237).
- Reimut Zohlnhöfer, Herbert Obinger (2005) Der Ausverkauf des Tafelsilbers. Privatisierungspolitik in EU- und OECD-Staaten *Politische Vierteljahresschrift* 46:4, 602-628.
- Herbert Obinger (2005) Verirrt im Labyrinth? Die Wachstumsschwäche der Eidgenossenschaft am Ende des zwanzigsten Jahrhundert *Swiss Political Science Review* 11:3, 198-203.
- Herbert Obinger (2004) *Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich* Wiesbaden: VS Verlag.
- Herbert Obinger (2004) Veto Players, Political Parties and Welfare State Retrenchment in Austria, *International Journal of Political Economy* 32:2, 44-66.
- Herbert Obinger, Uwe Wagschal & Bernhard Kittel, Hg. (2003) *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit* Opladen: UTB.
- Bernhard Kittel & Herbert Obinger (2003) Political Parties, Institutions, and the Dynamics of Social Expenditure in Times of Austerity *Journal of European Public Policy* 10:1, 20-45.
- Stephan Leibfried & Herbert Obinger (2003) The State of Germany's Welfare State. Social Policy between Macro-economic Retrenchment and Micro-economic Recalibration *West European Politics* 26:4, 199-218.

Prof. Dr. Stefan Traub

Universität Bremen
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
Lehrstuhl für Finanzwissenschaft
Hochschulring 4
D-28359 Bremen
Tel.: +49 (0) 421-218 2765
E-mail: traub@uni-bremen.de

Lebenslauf

Name: Stefan Traub
Geburtsdatum: 22.06.1968
Geburtsort: Bad Oldesloe
Staatsangehörigkeit: deutsch

Universitäre Ausbildung

1990-1995: Studium der Volkswirtschaftslehre (quantitative Richtung) an der Christian-Albrechts-Universität Kiel (Note: 2,0).
1999: Promotion zum Dr. soc. pol. an der Universität Kiel (Note: summa cum laude).
2002: Habilitation an der Universität Kiel, Erteilung der Lehrbefugnis für das Fach Volkswirtschaftslehre.

Berufliche Tätigkeiten

1995-1999: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Finanzwissenschaft (später Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Kiel).
1999-2004: Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Volkswirtschaftslehre.
2004-2006: Oberassistent am Institut für Volkswirtschaftslehre.
2002-2003: Vertretung eines Lehrstuhls für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Göttingen.
2005: Vertretung eines Lehrstuhls für Mikroökonomik an der Universität Hannover.
2005-2006: Vertretung eines Lehrstuhls für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Kiel.
2006: Vertretung eines Lehrstuhls für Kommunal- und Umweltökonomik an der Universität Trier.
2/2006: Rufe an die Universität Kopenhagen und die University of Otago, Dunedin, NZ, beide abgelehnt.
4/2006: Ruf auf eine W3-Professur für Kommunal- und Umweltökonomik an der Universität Trier, abgelehnt.
4/2006: Ruf auf eine W3-Professur für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen, zum 1. Oktober 2006 angenommen.

Durchführung von anderen Forschungsprojekten mit Drittmitteln

- 1999-2000: Experimentelle Messung von Zahlungsbereitschaften für Ökostrom, EON AG.
2003: Experimente zur privaten Bereitstellung öffentlicher Güter, DFG.
2005: Changing Paradigms in Utility and Decision Theory, Universitätsgesellschaft SH.
2006-2007: Staat versus Markt, Thyssen-Stiftung.
2006-2007: Effizienz- und Anreizwirkung unterschiedlicher Modelle der Förderung erneuerbarer Energien, RWE Power AG.

Wichtigste Publikationen seit 2001

- Schmidt, Ulrich & Stefan Traub (2007) An Experimental Investigation of the Disparity between WTA and WTP for Lotteries *Theory and Decision*, in print.
- Morone, Andrea, Christian Seidl & Stefan Traub (2006) Relative Deprivation, Personal Income Satisfaction, and Average Well-Being under Different Income Distributions, in Mark McGillivray, Hg., *Inequality, Poverty and Well-being*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 66-90.
- Missong, Missong & Stefan Traub (2005) On the Public Provision of the Performing Arts *Regional Science and Urban Economics* **35**:6, 862-882.
- Levati, Vittoria, Ulrich Schmidt, Christian Seidl & Stefan Traub (2005) Friedman, Harsanyi, Rawls, Boulding – or Somebody Else? An Experimental Investigation of Distributive Justice *Social Choice and Welfare* **24**:2, 283-309.
- Menges, Roland, Carsten Schröder & Stefan Traub (2005) Altruism, Warm Glow, and the Market for Green Electricity – An Experimental Assessment *Environmental and Resource Economics* **31**:4, 431-458.
- Schmidt, Ulrich & Stefan Traub, Hg. (2005) *Advances in Public Economics: Utility, Choice and Welfare. A Festschrift for Christian Seidl*, Dordrecht: Springer (*Theory and Decision Library*, Reihe C: *Game Theory, Mathematical Programming and Operations Research*, Bd. 38).
- Menges, Roland, Carsten Schröder & Stefan Traub (2004) Erhebung von Zahlungsbereitschaften für Ökostrom: Methodische Aspekte und Ergebnisse einer experimentellen Untersuchung *Marketing – Zeitschrift für Forschung und Praxis* **26**:3, 247-260.
- Menges, Roland, Carsten Schröder & Stefan Traub (2004) Umweltbewusstes Verhalten aus ökonomischer Sicht: Eine experimentelle Untersuchung des Nachfrageverhaltens nach Ökostrom *Umweltpsychologie* **8**:1, 84-106.
- Traub, Stefan (2002) Equitable Taxation: Qualitative versus Quantitative Ratings *Journal of Economics*, Supplement 9, 223-240.
- Traub, Stefan (2002) Fiscal Equalization in the Case of Congested and Pure Public Goods *Jahrbuch für Regionalwissenschaft/Review of Regional Research* **22**:2, 123-142.
- Traub, Stefan (2002) The Framing of Tax Reliefs *Public Finance/Finances Publiques* **53**:2 (1998), 243-261.
- Schmidt, Ulrich & Stefan Traub (2002) An Experimental Test of Loss Aversion *Journal of Risk and Uncertainty* **25**:3, 233-249.
- Traub, Stefan (2002) *Essays in Public Economics*, kumulative Habilitationsschrift, Kiel: unv. Man.
- Seidl, Christian & Stefan Traub (2001) Taxpayers' Attitudes, Behavior, and Perception of Fairness *Pacific Economic Review* **6**:2, 255-267.